Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 584. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 13. December 1876.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Reichstages (12. December).

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Camphausen, Achenbach, von Nostitz-Wallwitz, von Liebe, Stephan, Geh.-Rath Starke u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die **Abänderung mehrerer Reichstags-Wahlkreise**. In dem ursprünglichen Entwurfe handelte es sich um 23 sächsische, 7 hessische, 3 preußische und 1 braunschweigischen Wahlkreis. Nach einem Schreiben des Reichskanzlers verzichtet die sächsische und hessische Regierung für jetzt darauf, die von ihr gewünschten Aenderungen durchgeführt zu sehen. Die Aenderung der 3 preußischen Wahlkreise (des 2. und 13. der Provinz Hannover und des 1. Wahlkreises des Regierungsbezirks Minden) und des 3. Braunschweigischen Wahlkreises werden jedoch aufrechterhalten. Hinsichtlich des Wahlkreises Lauenburg wird nur die formale Aenderung vorgeschlagen, daß derselbe von jetzt ab als 10. Wahlkreis der Provinz Schleswig-Holstein bezeichnet wird.

Abg. v. Lenthe: Ich muß mich entschieden gegen die Vorlage erklären. Durch die beabsichtigte Abänderung des 13. Wahlkreises in Hannover soll dieser 600 Einwohner verlieren, welche zum 3. Wahlkreise in Braunschweig hinzutreten sollen. Wenn auch Hannover leider Gottes seit 10 Jahren an Preußen angeschlossen ist (Hört! Unruhe), so haben wir doch die feste Hoffnung, daß dieses Annexionsband zerrissen und unsere frühere Selbstständigkeit wieder hergestellt wird. (Oho! Unruhe.)

Präsident v. Forckenbeck erklärt die letztere Aeußerung als durchaus nicht zur Sache gehörig.

Abg. Richter (Hagen): Ich bitte die Vorlage pure abzulehnen. Dieselben Gründe, welche den Bundesrath selbst bestimmt haben, die im ursprünglichen Entwurf beabsichtigten Abänderungen für Hessen und Sachsen zurückzuziehen, sprechen auch gegen die noch aufrecht erhaltenen Modificationen der übrigen Wahlbezirke. Die Wahlbewegung hat bereits begonnen, die Candidaten sind überall aufgestellt; eine jetzt noch angeordnete Abänderung der Wahlbezirke müßte daher nothwendig auf die Betheiligung und den Ausfall der Wahl im höchsten Maße störend einwirken. Eine Rücksichtnahme auf die stricte Ausführung der Wahlgesetzbestimmungen der Reichsverfassung hinsichtlich der Bevölkerungsziffer kann bei den hier in Frage stehenden Bezirken in keiner Weise maßgebend sein. Eine solche Rücksichtnahme müßte dann doch wohl zuerst auf viel wichtigere und bedeutsamere Wahlkreise zur Anwendung kommen. So wählt die Reichshauptstadt Berlin bekanntlich nur sechs Abgeordnete, während es nach der Bevölkerungszahl bei stricter Befolgung der Reichsverfessung zehn Abgeordnete in den Reichstag zu senden hätte. (Sehr wahr!) Ebenso hätte zum Beispiel der Düsseldorfer Wahlbezirk drei Abgeordnete mehr zu beanspruchen als jetzt und in gleicher Lage sind die großen Städte Altona, Elberfeld-Barmen und Dresden.

Abg. Wehrenpfennig erklärt sich mit dem Vorredner darin einverstanden, daß die Abänderung in Bezug auf den 2. Wahlbezirk der Provinz Hannover und den 1. des Regierungsbezirkes Minden, der das Jadegebiet umfaßt, abgelehnt werden müsse, weil es sich hier um eine Bevölkerungsziffer von 10,000 Seelen, somit um eine wesentliche Einwirkung auf den Ausfall der Wahl handele. Die beiden anderen in der Vorlage beabsichtigten Abänderungen bezüglich des 13. Wahlkreises der Provinz Hannover und des Herzogthums Lauenburg seien dagegen wesentlich formeller Natur und könnten unbedenklich zugestanden werden. Er beantragt daher, den § 1 entsprechend zu modificiren.

Abg. Brüel bittet, die ganze Vorlage abzulehnen. Auch er könne im Anschlusse an seinen Freund Lenthe die gegenwärtige Vereinigung Hannovers mit Preußen nicht als dauernd betrachten.

Präsident v. Forckenbeck weist den Redner darauf hin, daß er diese Aeußerung als durchaus nicht zur Sache gehörend, bereits bezeichnet habe; es sei das die gelindeste Bemerkung, die er an eine solche Auslassung knüpfen könne.

Abg. Lasker: Staatsrechtlich sind wir durch nichts gezwungen, eine derartige Veränderung der Wahlbezirke vorzunehmen. Die in den Motiven der Vorlage angeführte Rücksichtnahme auf die Vorschriften des Wahlgesetzes ist nicht zutreffend, denn darin heißt es blos, daß die zu dem Deutschen Reiche gehörenden Bundesstaaten ein Jeder nach dem Verhältniß seiner Bevölkerung eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten wählen muß. Zugleich bestimmt der § 1 des Wahlgesetzes, daß Jeder sein actives Wahlrecht da ausübt, wo er seinen Wohnsitz hat, während es durchaus gestattet ist, passiv aus einem Bundesstaate in den anderen hineingewählt zu werden. Es kommen daher bei dieser Vorlage lediglich praktische Gesichtspunkte in Betracht und diese bewegen mich, dem Antrage Wehrenpfennig zuzustimmen, d. h. die Abänderungen nur da zu genehmigen, wo dadurch eine materielle Einwirkung auf das Resultat der nächsten Reichstagswahl nicht zu erwarten ist.

Abg. Richter (Hagen): Ich kann nur wiederholt bitten auch die Abänderung der Bezirke, bei denen es sich nur um eine geringe Seelenzahl handelt, abzulehnen. Ich kenne sogar einen Bezirk, der überhaupt gar keinem Wahlkreis in Deutschland zugetheilt ist. (Hört!) Es ist das das Königliche Schloß in Berlin, welches, obwohl es eine Bevölkerung von 80 Familien besitzt, nicht zur Stadt Berlin, somit zu keinem ihrer 6 Wahlbezirke, ebensowenig aber zu einem anderen Wahlbezirke gehört. Das Hauptmotiv für unser Votum muß sein, daß wir es ein für allemal ablehnen, unmittelbar vor dem Wahltermin Abänderungen der Bezirke vorzunehmen.

Nachdem der Abg. Grumbrecht sich dem Antrage Wehrenpfennig angeschlossen und Seitens des Bundesrathes die Herren von Liebe und Starke die Annahme der Regierungsvorlage empfohlen, wird zunächst der Antrag Wehrenpfennig mit 145 gegen 105 Stimmen abgelehnt, sodann der ganze § 1 der Regierungsvorlage verworfen. § 2 (die formelle Abänderung des Wahlkreises Lauenburg betreffend), sowie § 3 (Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft) werden vom Hause genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die **Erhebung von Ausgleichungs-Abgaben**.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Dr. Achenbach; Als im Juli 1873 das Gesetz wegen Aufhebung der Eisenzölle beschlossen wurde, war die Regierung von vornherein der Meinung, daß an dieser Entscheidung mit aller Energie festgehalten werden müsse. Auch heute noch, wo sich die deutsche Industrie geschädigt fühlt und außerordentliche Anstrengungen macht, um Aenderungen herbeizuführen, halten die Regierungen an ihrem früheren Standpunkte fest, weil sie nicht annehmen, daß Thatsachen eingetreten sind, welche beweisen, daß die vaterländische Industrie geschädigt worden sei. Ich muß aber mit derselben Entschiedenheit betonen, daß dieser Standpunkt der Regierung sein nothwendiges Correlat darin findet, daß dieselbe ihrerseits sich verpflichtet fühlt, überall da, wo die Industrie wirkliche Beschwerden geltend macht, zur Beseitigung derselben mitzuwirken. Würden die Regierungen diesen Standpunkt nicht annehmen, so würde die Industrie zu der Klage berechtigt sein, daß ihre Interessen geopfert würden, daß sie keinen Schutz finde bei den Regierungen und der Landesvertretung. Eine solche Meinung im Lande aufkommen zu lassen, verbietet die Pflicht des hohen Hauses und der verbündeten Regierungen. In der Thatsache, daß im Auslande gewisse Ausfuhrprämien gewährt werden, liegt ein Beschwerdepunkt vor, dem gegenüber die Regierungen ihrerseits in der Lage sind, mit denjenigen Machtmitteln, welche sie besitzen, wenigstens der Industrie einige Erleichterungen zu gewähren, wenn nicht ganz Abhilfe zu schaffen.

Unter diesen Ausfuhrprämien sind die bedeutendsten die von den Franzosen für Eisenwaaren gewährten titres d'acquits-à-caution. Schon im Zollparlament im Jahre 1868 wurde die Regierung aufgefordert, auf eine Abhilfe dieses Uebelstandes hinzuwirken und seitdem hat fast bei jeder Verhandlung über Zollangelegenheiten diese Frage den Mittelpunkt der Discussion gebildet und alle Bestrebungen auf Beseitigung derselben eine sympathische Aufnahme gefunden. Diese acquits-à-caution gehen in erster Linie von dem ganz richtigen Gedanken aus, daß man es begünstigen müsse, daß gewisse Roh- und Halbrohproducte eingeführt, im Lande verarbeitet und dann wieder ausgeführt würden. Würde an diesem Grundsatze festgehalten, so ließe sich gar nichts dagegen einwenden; es handelt sich aber dabei um ganz etwas Anderes: es wird etwas ganz Anderes ausgeführt, als eingeführt worden ist. Die acquits-à-caution haben einen kassenmäßigen Cours; wer also in der Lage ist, Eisenwaaren zu exportiren, erhält die Ausfuhrvergütung, ohne Rücksicht darauf, ob seine Waaren aus ausländischen oder aus inländischen Rohproducten hergestellt sind, und ob das ausgeführte Fabrikat in einem Zusammenhange steht mit dem eingeführten Roheisen. Dieses System beruht auf einem Decret aus dem Jahre 1862, einem Reglement von 1868 und einem Decret von 1870. Das letzte bestimmt allerdings, daß nur bei Gußwaaren diese Identität des eingeführten und des ausgeführten Gegenstandes nicht festgehalten werden solle. Aber es läßt sich eben auch für die anderen eingeführten Gegenstände eine Controle nicht durchführen. Wenn man überzeugt ist, daß früher dieses System nicht erheblich schädigend gewirkt hat, so läßt sich doch diese Meinung nicht mehr aufrecht erhalten, nachdem beschlossen ist, mit dem 1. Januar 1877 die Eisenzölle auf unserem Zollgebiete ganz aufzuheben. Unsere Stellung ist in Folge dessen völlig verändert. Man behauptet, dieser Gegenstand werde von den Interessenten und den Regierungen außerordentlich aufgepauscht. Es handelt sich allerdings bis jetzt um eine nicht bedeutende Ziffer bei der Ausfuhr aus Frankreich nach Deutschland; sie betrug 1873 361,469 Centner, 1874 342,727 Centner gegenüber einer Gesammtausfuhr von 2,159,000 resp. 2,202,590 Centner.

Diese Zahlen bieten aber absolut keinen Maßstab dafür, was eintreten wird, wenn die Eisenzölle gänzlich beseitigt sein werden. Jedenfalls wird damit eine bedeutende Steigerung der Ausfuhr eintreten, da die Gesammtausfuhr in den ersten 10 Monaten dieses Jahres bereits 2,000,000 Ctr. überschreitet, also voraussichtlich in diesem Jahre 3,000,000 Ctr. erreichen wird. Aber selbst wenn viel geringere Ziffern in Betracht kämen, so enthält doch dies ganze System an sich eine weitgehende Beeinflussung der Preissätze. Es wird allerdings gesagt, daß dies ja ganz erwünscht sei, weil dadurch eine Herabminderung der Eisenpreise erzielt werde; noch heute Morgen habe ich derartige Ausführungen in einer angesehenen Zeitung gelesen. Auch ich bin der Ansicht, daß man allen natürlichen Regulatoren der Preise freien Lauf lassen soll; aber dies ist ein künstliches Mittel, welches schlimmer ist, als ein Schutzzoll. Dann kommt aber noch in Betracht, daß die Lage der deutschen Industrie bei ihrer großartigen Concurrenz bereits zu Preisen geführt hat, die man als die niedrigsten ansehen kann und die wirklich nicht mehr sinken dürfen, wenn die deutsche Industrie nicht vollständig vernichtet werden soll. Man muß deshalb jeden unberechtigten Einfluß fern halten, der geeignet ist, ein derartiges Resultat herbeizuführen. Wenn meine Behauptung bezweifelt werden sollte, so will ich einige Zahlen anführen. Für Stahlschienen stellt sich im Bezirk des Oberbergamts Dortmund der Durchschnittspreis auf den Centner im Jahre 1873 auf 18,94 Mk., 1874 auf 14,40 Mk., 1875 auf 10,79 Mk. und 1876 auf 7,63 Mk.; in Schlesien für eiserne Schienen im Jahre 1873 auf 14,185 Mk., 1874 auf 12,26 Mark, 1875 auf 8,12 Mk. und 1876 auf 6,48 Mk. (Hört!) Es muß allerdings anerkannt werden, daß 1873 die Preise eine Höhe erreicht hatten, die geradezu eine Landescalamität genannt werden konnten. Es ist aber seitdem ein so wesentlicher Rückgang eingetreten, daß ich glaube, daß wir jetzt am entgegengesetzten Ende angekommen sind. Die Regierung und die Landesvertretung müssen allerdings diese Sache sich selbst überlassen, aber auch jede künstliche Einwirkung fernhalten. Wenn wir einigermaßen unsere Industrie stützen wollen, müssen wir unserer Industrie Ausfuhrgebiete schaffen, und das ist schwer zu erreichen, wenn wir nicht diesen Punkt der acquits-à-caution scharf ins Auge fassen.

Bei früheren Discussionen in Fankreich hat man offen geäußert, daß mit ihrer Hülfe es möglich geworden sei, im Auslande bedeutende Lieferungen zu erlangen und damit eine Vermehrung des Exports zu erzielen. Sie haben aber auch einen wesentlichen Druck auf die Preise im Auslande geübt. Ich weise z. B. darauf hin, daß ein sehr bedeutendes Werk im Elsaß früher beträchtliche Summen von Centnern nach Oesterreich exportirte; nach der Annexion aber betrug der Export in den Jahren 1873—75 zusammen nicht so viel, als früher in einem einzigen Jahre. Es stehen also die vitalsten Interessen unseres Exportes in Frage. Gerade wenn man die Freiheit der Bewegung will, muß man derartigen künstlichen Mitteln mit aller Energie entgegentreten. Es wird nun allerdings entgegengehalten, daß dieser Einfuhr aus Frankreich eine Ausfuhr nach Frankreich entgegenstehe. Die Franzosen taxiren den Werth der Gesammteinfuhr auf 14 Millionen Franks, der Ausfuhr aber auf 45 Millionen Francs und das Verhältniß von Roheisen zu Gußwaaren stellt sich wie 9 Millionen Francs zu 30 Millionen Francs. Es handet sich also keineswegs um ganz gleiche Factoren bei der Ein- und Ausfuhr. Deshalb haben die verbündeten Regierungen die Hülfe des Reichstages in Anspruch nehmen zu müssen geglaubt. Wir bringen auch mit diesem Gesetze nichts absolut Neues. Schon 1868 bei ähnlichen Verhandlungen haben sich Anhänger des Freihandels, wie Becker und Twesten, dahin ausgesprochen, daß die Aufrechterhaltung des französischen Verfahrens die Reihen der Schutzzöllner mit Nothwendigkeit verstärken müsse. Es geht durch die damaligen Discussionen der Zug, daß man einen Mißstand vor sich habe, den man auf alle Fälle beseitigen müsse. Es ist der Regierung vorgeworfen, sie introducire einen Zollkrieg. Ich weiß nicht, wie man dazu kommt. Proponiren wir denn einen Schutzzoll? wollen wir denn unsere Industrie großziehen? Wir halten an unserem frühren Standpunkte fest; aber wenn man in anderen Ländern künstliche Mittel gebraucht, um für die dortige Ueberproduction einen auswärtigen Markt zu schaffen, so ist es jedenfalls keine einer großen Nation würdige Rolle, abzuwarten und sich solche Dinge fortgesetzt bieten zu lassen; sie muß ihrerseits Mittel ergreifen, um entstehende Schäden energisch abzuwenden.

Handelten wir anders, so würde das längst verschollene Bild des deutschen Michels, der alles über sich ergehen läßt, wieder aufleben. (Ruf: Rußland!) Ich kann die Absicht der Regierungen erklären, daß sie nur da von diesem Mittel Gebrauch zu machen gedenken, wo ein wirkliches Bedürfniß vorliegt, und sich in den engsten Schranken halten werden. Wir werden nicht mit Zollerhöhungen vorgehen, wenn irgend eine kleine amerikanische Republik dies thut; derartige Behauptungen lassen sich theoretisch wohl aufstellen, aber in Parlamenten sollte man sie kaum wiederholen. Ich glaube, wenn man die Art der Ausführung sehen wird, werden die Maßregeln der Regierung die Billigung des Hauses finden. Es liegt in unserem Vorgehen keine Aenderung unserer Zollpolitik, und ich glaube positiv versichern zu können, diese Maßregeln finden auch die Zustimmung desjenigen Mannes, dessen Name im Zusammenhange mit dieser Vorlage in den letzten Tagen so oft genannt worden ist. Wir würden eine schwere Schuld auf uns laden, wenn wir für so notorische Uebelstände unsererseits kein Herz hätten und die Hände in den Schooß legten. Bedenken Sie gleichzeitig die große Krisis, welche gegenwärtig im Lande herrscht, und daß ein kleiner Stoß genügen kann, um großes Unglück hervorzurufen, und nehmen Sie von diesem Gesichtspunkte aus mit Wohlwollen unsere Vorlage an.

Abg. Bamberger: Obwohl ich die Vorlage bekämpfen muß, kann ich doch fast alles unterschreiben, was vom Befürworter derselben gesagt worden ist, weil ich mit der Tendenz seines Antrages vollkommen einverstanden bin. Er hat nur die Kleinigkeit mit Stillschweigen übergangen, die uns in der Sache stört. Seine Art der Motivirung erinnert mich an eine Erzählung aus meiner Knabenzeit von Lorenz Starke. Zu diesem kam ein Mann mit der Bitte, ihm die Kleinigkeit von hundert Thälerchen zu leihen. Das Gesuch wurde abgeschlagen und dem Petenten zugleich der Rath gegeben, falls er sich an einen Nachbor wenden wolle, so möge er um die große Summe von ganzen hundert Thalern bitten. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung von uns eine Vollmacht verlangt unter Hinweis darauf, daß es sich nur um lumpige hundert Thälerchen handele, dann bin ich sehr zweifelhaft, ob wir ihr dieselbe gewähren sollen. Namentlich bin ich dem preußischen Handelsminister für die Entschiedenheit dankbar, mit welcher er in der Einleitung die Stellung der verbündeten Regierungen betont hat. Denn die Stimmenverwirrung, die Agitation und die Standpunkte der verschiedenen Interessengruppen haben seit zwei Jahren die Gesichtspunkte in diesen Dingen so verrückt, daß man fast nicht mehr Recht von Unrecht unterscheiden kann. Wer heute zuerst in die öffentliche Discussion dieser Frage blickt, erhält ungefähr den Eindruck, als befände sich die deutsche Eisenindustrie in den größten Nöthen, und als suche ihr die praktische deutsche Reichs- und preußische Staatsregierung auf dem Wege eines mäßigen Schutzzolles zu helfen; in diesem löblichen Bestreben werde sie aber von den blassen Theoretikern des Reichstages, welche unbekümmert um die Leiden der Industrie das Steckenpferd des Freihandels reiten, gehindert. Trotz der verdienstlichen Versicherung des preußischen Handelsministers, daß die Dinge sich ganz entgegengesetzt verhalten, will ich noch daran erinnern, daß die Herabsetzung resp. Beseitigung der Eisenzölle im Jahre 1873 aus der Initiative der Regierungen hervorgegangen ist. Wir haben damals auf die Bitte der die Eisenindustrie besonders schützenden Mitglieder des Hauses ein Herausschieben des Termins um drei Jahre beschlossen.

Was dadurch im Sinne der Versöhnung bewirkt worden ist, das zu beurtheilen, überlasse ich Ihnen. (Sehr wahr! links.) Es möge Ihnen ein Fingerzeig sein für die Zukunft, ob man durch solche scheinbare Abschlagszahlungen eine Lage wirklich bessert oder nicht. Bei Gegenheit des Petitionssturmes um Verlängerung der Eisenzölle im vorigen Jahre war der Standpunkt der verbündeten Regierungen wiederum der correcte, der jetzt als indifferent, frivol und überspannt verschrieenen Theoretiker. Wohin richten sich nun die vorgebrachten Beschwerden? Richten sie sich gegen einen Theil des Reichstags oder richten sie sich nicht vielmehr gegen die verbündeten Regierungen? Und muß nicht der allergrößte Theil der maßlosen Anklagen, mit denen wir seit Jahresfrist bestürmt werden, in Nichtigkeit verfallen? Nun ist es ein Novum, daß die Regierung trotz ihres bisherigen Standpunktes glaubt, etwas thun zu müssen, um die mit Unrecht namentlich von Seiten der französischen Regierung gewährten Ausfuhrprämien zu reprimiren. Ich polemisire im Augenblicke nicht gegen die preußische Regierung, aber ich muß sagen, eine Wendung ist doch hier eingetreten in der Auffassung der Regierung, und das muß ich constatiren, um Klarheit in die heutige Discussion zu bringen. Wir haben im Jahre 1868 im Zollparlament allerdings die Frage discutirt und die Mehrheit war damals der Ansicht, daß die Regierung Schritte zur Beseitigung jener schädlichen Maßregeln thun möge. Die Frage ist aber auch im Jahre 1873, zur Zeit als die Beseitigung der Eisenzölle beschlossen wurde, discutirt worden. Der Vertreter der Regierungen betonte damals gegenüber dem Andrängen derer, welche behaupteten, die titres d'acquits-à-caution müßten uns zu einer besonderen Maßregel und Stellungnahme nöthigen, die Sache spiele eine so geringe Rolle in unserer ganzen Industrie, daß es absolut der Mühe nicht lohne, sich deshalb aufzuhalten. (Hört! links.) Es wurden damals auch vom Geh.-Rath Huber bemerkenswerthe Zahlen angegeben. Es betrage nämlich der von den acquits-à-caution begünstigte französische Import im Mittel nicht ganz ein Procent der ganzen deutschen Eisenproduction, d. h. in der Hauptsache nur $^{7}/_{10}$ Procent.

Diese Ziffer gilt auch noch heute. Wenn nun heute der preußische Handelsminister darin eine für unsere Eisenindustrie wichtige Angelegenheit sieht, welche uns zu Gegenmaßregeln zwänge, so kann ich bei der allergünstigsten Disposition, in welche mich die Rede des Handelsministers versetzt hat, doch nur eine innere Wendung in den Ansichten der verbündeten Regierungen sehen. Ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, ich constatire nur ein Novum. Denselben Einwand der Unerheblichkeit des Einflusses der acquits-à-caution kann ich denjenigen Herren entgegenhalten, welche in Rücksicht auf die Lage der Eisenindustrie eine Verlängerung der Eisenzölle fordern. Diese Beschwerden, deren Ernst ich nicht verkenne, stützen sich hauptsächlich auf die englische Concurrenz, welche die deutsche Eisenausfuhr schädige. Was haben hiermit diese titres d'acquits-à-caution zu thun? Sie stützen sich zweitens auf die neue Erfindung des Bessemer-Stahls, welche die ganze Eisenindustrie auf einen neuen Boden stelle und eine Schutzmauer nothwendig mache. Was haben aber die titres d'acquits-à-caution mit dem Bessemer-Stahl zu thun? Ich glaube nicht, daß Bessemer-Stahl mittels der acquits-à-caution ausgeführt wird. Sollte das der Fall sein, so wird man mich rectificiren. Nun haben wir aber doch erfahren, daß, veranlaßt durch die gegenwärtige Vorlage, eine Anzahl Mitglieder dieses Hauses sich bewogen gefühlt haben, einen Antrag einzubringen auf Verlängerung der Eisenzölle auf zwei Jahre. Ich bin heute froh, aus der Erklärung des Herrn Vorredners zu ersehen, daß Sie nicht einmal unfreiwillige Verbündete der Regierungen mit diesem Antrage sind, daß es eine ganz zufällige Begegnung ist; ich kann aber doch nicht umhin, anzunehmen, daß eine innere Wahlverwandtschaft zwischen der Vorlage der Regierungen und dem Antrage auf Verlängerung der Eisenzölle besteht, denn das Rechenexempel macht sich für mich sehr einfach: nicht Jeder, der für die Verlängerung der Eisenzölle ist, wird für die Vorlage der Regierungen stimmen, weil sie noch eine Menge ganz anderer Bedenken bietet, aber es wird Niemand für die Vorlage stimmen, der nicht auch für die Verlängerung der Eisenzölle wäre.

Es sind dieselben Motive, die hier bestimmend eingreifen. Nun wäre ich am liebsten davon dispensirt gewesen, heute die so vielfach erhobene Frage, ob wirklich eine Verlängerung der Eisenzölle angezeigt sei, zu discutiren. Wenn ich recht berichtet bin über den Schluß der gestrigen Sitzung, der beizuwohnen ich leider wegen Unwohlseins verhindert war, so wurde ausgemacht, daß, wenn auch über den Antrag des Herrn Abg. Windthorst heute nicht berathen und beschlossen werden könne, doch der Gegenstand mit in die Discussion hineingezogen werden solle. Ich muß also auch dies von meiner Seite thun und ich thue dies namentlich deshalb, weil ich keinen Gewinn an Ansehen für die Autorität dieses hohen Hauses darin sehen kann, daß aus dem Schooße desselben nach zwei im Laufe von zwei Jahren mit großer Majorität gefaßten Beschlüssen von Neuem am Schluß einer Session ein Sturm sich erhebt, damit dieses zweimal gefällte Urtheil wieder vom Hause anullirt werde. Es sind, wenn ich nicht irre, gerade dieselben Herren — ich finde auch unter den Antragstellern z. B. den Abg. von Schorlemer-Alst — die doch vor Kurzem sich darüber beschwert haben, daß die Beschlüsse dieses Hauses nicht Berücksichtigung genug bei der Regierung fänden. Was soll aber eine Regierung von der Autorität eines Hauses halten, dem aus dem Schoße seiner eigenen Mitgliedschaft mit dem allerschärfsten Andrängen zugemuthet wird, nachdem es in reiflichen dreimaligen Lesungen im Laufe von zwei Jahren mit Aufbietung aller Bewegungsgründe einen feierlichen Beschluß gefaßt hat, daß es sich nun degagirt und einen entgegengesetzten Beschluß faßt? Ich finde, daß dergleichen Beschlüsse nicht geeignet sind, die gesetzgeberische Kraft des Hauses zu stärken. Wenn ich aber dies erwähne, so kann ich nicht umhin, damit ich nicht einseitig meine Vorwürfe adressire, auch einen anderen Vorfall zu erwähnen, der mir zu nicht geringem Befremden Anlaß gegeben hat. Im Sommer dieses Jahres las ich in deutschen Zeitungen, während ich im Auslande reiste, daß eine preußische Regierungsbehörde, nämlich die des Bezirks Wiesbaden, eine Aufforderung an ihre Eingesessenen erließ zu Petitionen an die verbündeten Regierungen, damit dies Gesetz wieder aufgehoben werde. (Hört! hört!)

Ich habe mir damals gesagt — und erst heute bin ich durch die Erklärung des Herrn Ministers darüber beruhigt worden — es scheint mir eine entschiedene Wendung der preußischen Regierung zu bedeuten. Wäre selbst die Voraussetzung zugetroffen, daß in der Zwischenzeit seit dem Schluß des letzten Reichstages die Regierung anderen Sinnes geworden wäre, so hätte ich es auch nicht als den höchsten Ausdruck der Schicklichkeit gehalten, wenn eine preußische Regierungsbehörde zu Sturmpetitionen gegen die Beschlüsse des Reichstags und die bestehenden Gesetze aufgefordert hätte. Aber noch viel bedenklicher war mir die Sache, daß mindestens die preußische Regierung anderen Sinnes geworden wäre, denn, sagte ich mir, ich wollte einmal annehmen, es handle sich um ein Gesetz, das der preußischen Regierung sehr am Herzen läge, würde sie wirklich erlauben, daß einer ihrer Provinzialvorstände seine Eingesessenen auffordert, Petitionen zur Beseitigung eines Gesetzes zu organisiren? Zu welchen Zuständen würde es führen, wenn die sämmtlichen Einzelstaaten den bestehenden Gesetzen gegenüber die Petitionsmaschine in Bewegung setzen würden! Was aber die Frage der Eisenzölle selbst betrifft, so wird uns vorgeworfen, daß wir die Nothlage der Eisenindustrie verkennen. Ich protestire gegen diese Verdrehung unserer Auffassung und erkläre, daß Niemand, soweit ich die Meinung hier im Hause kenne, bezweifelt, daß die Eisenproduzenten im Augenblick in einer kritischen Lage sind. Wir bestreiten nur ganz entschieden, daß die Beseitigung des Eisenzolls irgend welchen Antheil daran hat, und daß die Erhaltung des Eisenzolls geeignet wäre, sie aus dieser Lage zu befreien. Es

haben solche Verschiebungen der Preise stattgefunden, daß die Zölle, die jetzt noch bestehen, wirklich verschwinden. Der Preis für Stahlschienen ist seit 1873 für 1000 Kilo von 405 Mark auf 156 Mark zurückgegangen. Dazu kommt, daß auch die Selbstkosten der Production wesentlich heruntergegangen sind. Der Hörder Bergwerksverein und der Gußstahlfabrikantenverein giebt selbst die Verminderung der Selbstkosten bei Bessemer-Eisen bei 1000 Kilo um 14 Mark, bei Stahleisen um 8,25 Mark, bei Schieneneisen um 12,60 Mark, bei Gießereieisen um 6,68 Mark zu. Dieser Punkt verdient doch auch Berücksichtigung. Und die orientalische Frage ist doch auch ein Moment, welches auf die gesammte Lage von Handel und Gewerbe von höchstem Einfluß ist.

Man sagt zwar, daß die Metallproduction von kriegerischen Rüstungen im Ganzen Vortheil habe; das ist aber ein Irrthum. Mit Ausnahme etwa der Bleiproduction giebt es keine Production, die nicht unendlich mehr Vortheil hätte von friedlichen, als von kriegerischen Zuständen; und am Ende werden wir doch auch nicht unter den Betrachtungen, die zur Realisirung des Schutzzolles führen sollen, die finden, daß wir den Eisenzoll erhalten sollen, bis die orientalische Frage gelöst ist. Den Klagen über die schlechte Lage der Eisenindustrie begegnen wir in allen Ländern. Während wir gerade in Deutschland zu constatiren haben, daß in diesem Jahre unsere Ausfuhr verhältnißmäßig nicht zurückgegangen ist, haben wir aus den Ländern, die sonst viel glücklicher als wir situirt sind, dieses Jahr ganz bedeutende Rückgänge nach dieser Seite hin. Wir haben die Statistik für die zehn Monate dieses Jahres von England und Frankreich und diese zeigt uns, daß in Frankreich die Ausfuhr bedeutend abgenommen, die Einfuhr bedeutend zugenommen hat, daß auch die Einfuhr ganz ansehnlich hinter der Ausfuhr zurückgeblieben sei, und wenn Sie darin die speciellen Artikel der Metalle und Maschinen consultiren, so finden Sie dasselbe. In England liegen die Verhältnisse ebenso. Beiläufig gesagt, sind wir jetzt dahin gekommen, daß unsere deutsche Ausfuhrstatistik in ihren Ziffern gar nichts mehr bedeutet. Nachdem unser officielles statistisches Amt erklärt hat: ich gebe keine Ziffern mehr über Ausfuhrstatistik, weil Alles ungenau ist, müssen wir erklären, daß uns jede Handhabe fehlt und ich erlaube mir, da ich vernehme, daß die verbündeten Regierungen damit umgehen, neue Anstalten zu treffen, damit wir in Zukunft in die Lage versetzt werden, eine solche Ausfuhrstatistik zu besitzen, sie zu bitten, ihre Aufmerksamkeit dahin zu richten, richtige Ausfuhrdeclarationen zum statistischen Behufe von den Exportanten zu erzielen. Denn es ist Thatsache, wenn Sie bei den einzelnen Interessenten fragen, alle unsere Ausfuhrdeclarationen sind bis jetzt aus Furcht vor den Werthtaxationen der ausländischen Zollbehörde um circa 50 Procent zu niedrig ausgegeben. Im Uebrigen bedeutet nach dem heutigen Stande der Statistik und Nationalökonomie die ganze Ausfuhrstatistik, insofern sie für den Flor eines Landes Werth haben soll, gegenüber der Einfuhr absolut Null. Denn die drei einzigen Länder Europa's, die in der, wie man früher annahm, beneidenswerthen Lage sind, mehr aus- als einzuführen, sind die Türkei, Rumänien, Serbien. (Heiterkeit.)

Außerdem wird uns aber auch angegeben, daß unsere Production in einer solchen Lage ist, daß wir mit allen Zollmaßregeln aus der bestehenden Verlegenheit absolut nicht entrinnen können. Ganz einverstanden bin ich mit denjenigen, welche eine wesentliche Schwierigkeit in der enormen Höhe der Production sehen, auf welche sich die Bessemer-Stahlproduction geschwungen hat. Wie sollen wir aber bei dieser wesentlich auf den Export angewiesenen Production mit Zollmaßregeln uns helfen? Ich will Ihnen aus einem Document, das ganz unverdächtig ist, aus „Glückauf", der Dittmarschen Zeitschrift für die Rheinlande und Westphalen, citiren, daß Deutschland allein im Augenblick beinahe schon mehr Bessemer-Stahl producirt, als für die Consumtion der ganzen Welt nöthig ist und daß die jetzige Production von Bessemer-Stahl in Europa etwa fünfmal den wirklichen Bedarf übersteigt. Diesen Thatsachen gegenüber sind wir nur in der Lage, Export zu suchen, aber nicht uns damit zu quälen, wie wir etwa die Concurrenz im Inlande beseitigen können. Die gefährliche Concurrenz im Inlande macht nicht das Ausland, sondern das Inland selbst; es sind die Stärkeren, welche die Schwächeren umbringen, ein Prozeß, dem wir wehrlos gegenüberstehen, wenn wir nur mit Zollmaßregeln unsere Industrie schützen wollen. Ich citire auch hier wieder eine Denkschrift einer Berg- und Eisenverwaltung. „Im gegenwärtigen Moment", heißt es daselbst, „wo der ganze Organismus des Austausches der einzelnen Arbeiten in einem apathischen Zustande der Stockung sich befindet, würde bei der heftigen inneren Concurrenz die Aufrechthaltung der Eisenzölle allein die deutschen Eisenwaaren vor Verlust nicht ganz bewahren." Ich glaube hiernach auch, daß ich die Vorwürfe, daß hier auf Seite der sogenannten Freihandelspartei die einseitige Theorie vertreten sei, als abfällig und unbegründet ansehen kann. Es ist überhaupt eigenthümlich, wie je nach Lage der Dinge einzelnen Leuten in der politischen Arena bald der Vorwurf gemacht wird, sie seien heimlich betheiligte Interessenten; bald, sie seien solche Leute, die in stiller Abgeschiedenheit von aller praktischen Erfahrung sich um das Wohl und Wehe der Arbeiterbevölkerung nicht kümmern.

Es wäre eine glückliche und beneidenswerthe Lage, wenn beispielsweise bei der Bank- und Münzgesetzgebung ein mit allen Künsten der geriebenen Agiotage ausgestatteter kundiger Geschäftsmann dann wieder in der Lage sein sollte, in stiller Abgeschiedenheit von allen praktischen Erfahrungen seinen Gedanken sich zu ergeben. Ich glaube, daß wir ruhig diesen beiden Thatsachen miteinander combiniren und uns ein für alle Mal befreien können von der Sorte von Tugendrichtern, welche jetzt als Schützer der Moralität des deutschen Volkes in gewissen Zeitungen auferstehen, denen hoffentlich in Zukunft eine Erwiderung in diesem Hause nicht mehr wird. Die Freihändler sind nicht die Theoretiker, sondern die praktischen Leute, denn sie haben erprobt, daß die Theorie ausreicht, um das künstige Ursystem von Gewicht und Gegengewicht herbeizuführen, mittels dessen man alles ausgleichen kann, was den einen in der Production begünstigen und den anderen darin schädigen wird. Wir sind nicht die Ideologen, die behaupten, wenn wir alles gehen lassen, würde es schon vortrefflich und harmonisch in der Welt gehen; so hoch prätendiren wir nicht, wir verzichten nur darauf, mit einem künstlich zusammengefügten System, mit ewig ausgespitzten Berechnungen, Symmetrie und Berechtigung von Production und Consumtion durch Staatsdecret herbeizuführen, wie sie in der Welt niemals bei der ungeheuren Bewegung des menschlichen Verkehrs erzielt werden können und die einfachen Widersprüche, in welche sich die Vertheidiger des entgegengesetzten Systems selbst verwickeln, zeigen uns schon, wie vergeblich solche Bemühungen sind.

Auf der einen Seite verlangt man Schutz der Eisenindustrie, weil das Bessemer-System augenblicklich auf dem Punkte steht, sich dahin zu vervollkommnen, daß es in Zukunft keines Schutzes mehr bedarf; auf der anderen Seite wird gesagt, die Eisenindustrie sei so zurückgegangen unter der Entwickelung des Bessemer-Systems, daß sie wegen dieses Rückganges Schutz verlangt und ein drittes Plaidoyer will Schutz des Roheisens, damit man für das mit fremdem Eisen operirende Bessemer-System mit Muße nach anderem Eisen suchen könne, welches die Bessemer-Stahlproduction ersetzen werde. Die Kette der Widersprüche auf der einen und die Kette von Consequenzen auf der anderen Seite führen jede Schutzzolltheorie auch praktisch ad absurdum. Mit denselben Argumenten, wie heute die Eisenindustrie, kann auch die Baumwollen-, die Leinen- und Wollen-Industrie für sich Schutz verlangen. So haben auch die Schutzzöllner in Frankreich, welches in Congruenz mit seiner Vorstellung von der künstlichen Leitung des Staats das klassische Mutterland des Schutzzollsystems ist, den Landleuten gerathen, für Schutzzoll zu agitiren. So erreichte der Referent Bourienne in Frankreich die Erhöhung des Rindviehzolls von 3 auf 50 Frcs. pro Stück. Er warnte vor der abondance de la viande. (Heiterkeit.) So wie Sie heute über dieses Wort lachen, so wird man in fünfzig Jahren über die Warnungen unserer Gegner lachen. Der Regierungsvertreter hat auch im vorigen Jahre anerkannt, daß jede Industrie, so oft um das Geringste ihr Schutzzoll gemindert werden soll, erklärt, sie müsse zu Grunde gehen. Deshalb schrieb auch der Vater des Schutzzollsystems in Europa, der französische Minister Colbert an seinen Intendanten schon vor 20 Jahren, er solle sich über die Situation der Industrie nur bei keinem Industriellen erkundigen, diese seien principiell gegen jede Beseitigung des Schutzzolles. Ich glaube, wir können mit ruhigem Gewissen den demnächstigen Antrag auf Verlängerung der Eisenzölle ad acta legen. In dem Novum des Handelsministers von der Wichtigkeit der acquits-a-caution vermisse ich die Erklärung, worauf diese Wichtigkeit beruht. Die Einfuhr in Deutschland mittelst acquits-a-caution beträgt bekanntlich die geringe Zahl von 260,480 Centner. Davon kommen auf Grobgußstahle 259,380 Centner.

Der Handelsminister hätte also seine Befürchtungen und Warnungen auf diesen Gegenstand beschränken müssen; und demgemäß hätte auch die Vorlage abgefaßt sein müssen. Der Vorredner hätte auch angeben müssen, daß der Hauptexport mittels der acquits-à-caution nach dem Süden Frankreichs geht und daß ⅚ desselben von dem Hafen Marseille nach der Schweiz gehen und nur ⅙ nach Norden. (Hört! hört!) Ich mache ungern eine Bemerkung zu dem, was der Vorredner über den Mißbrauch und die Illoyalität dieses Verfahrens gesagt hat, weil ich nicht den Anschein erwecken möchte, als nähme ich eine fremde Regierung in Schutz gegenüber der eigenen, wenn es sich darum handelt, einen Mißbrauch, der gegen unser Land geübt wird, zu decken. Aber ich muß in Erkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse sagen, daß die titres d'acquits-à-caution nicht eine Ausfuhrprämie sind, wenn sie auch als solche benutzt werden, sondern daß sie zu dem ganzen System des französischen Zollwesens gehören. Es hat sich ein Mißbrauch in die Sache eingeschlichen, dem man entgegentreten muß, aber sie sind keineswegs aus böswilliger Absicht gegen Deutschland dictirt. Die acquits-à-cantion werden auch in Frankreich selbst bekämpft. Durch einen merkwürdigen Zufall erfahren wir gerade heute aus den Zeitungen, daß der französische Finanzminister eine mit der unsrigen übereinstimmende Auffassung geäußert hat, und der Name des Mannes bürge für die Aufrichtigkeit derselben. Der französische Finanzminister Leon Say ist der Enkel des großen Nationalökonomen Jean Baptiste Say, der Abkömmling einer Familie von hervorragenden Gelehrten der Volkswirthschaft, der zuerst die Theorie des Freihandels und des Adam Smith in Frankreich popularisirt hat. Sie sehen also, daß wir mit feindlichen Tendenzen absolut nichts zu thun haben. Ich erkläre, daß wir Alle bereit sind, der Regierung zu helfen, damit der Schaden, der dem Lande und der Industrie durch künstliche Ausfuhrprämien bereitet wird, in Zukunft beseitigt werde. Wir leihen gern die Hand zu Maßregeln, welche diesen Zweck herbeiführen sollen, aber wir wollen genau wissen, was man zu thun beabsichtigt; wir wollen sicher sein, daß etwas unternommen wird, und wir können deshalb nicht mit der Regierung übereinstimmen, welche uns eine ganz unbegrenzte und schwankende Vollmacht abverlangt.

Als der Minister hervorhob, daß dies durchaus nichts so Neues wäre und er Präcedenzfälle anführen könne, glaubte ich, daß er dieselben aus der preußischen Gesetzgebung hernehmen würde; statt dessen führte er aber zu meinem Bedauern eine Rede des Abg. Becker vom Jahre 1868 an, welcher die acquits als schädlich verurtheilt. Das ist doch kein Präcedenzfall für eine Vollmacht, wie sie hier verlangt wird. Ich mache der Regierung den Vorwurf, daß sie mit der Forderung dieser Vollmacht einen schweren tactischen Fehler begangen hat, denn sie bringt uns selbst dadurch in die Lage, ihr gar nicht unsere Meinung sagen zu können über die Art, wie die Dinge gehandhabt werden müßten. Wenn uns ein Gesetz vorgelegt wird, so können wir es frei discutiren und entweder beseitigen oder annehmen, und was wir immer zur Vertheidigung des entgegengesetzten Standpunktes gesagt haben mögen, verliert seinen Werth. Anders aber, wenn die Regierung die Vollmacht zu künftigen Verhandlungen haben will; wenn wir dann unserer Pflicht gerecht werden wollten, so müßten wir doch der Regierung eine Direction geben, wie sie bei diesen Verhandlungen mit unserer Vollmacht in der Hand zu verfahren habe. Wir müssen also hier das pro und contra erwägen und beispielsweise ins Licht setzen, welche Fehler begangen werden könnten, welche Schädigung der inländischen Industrie und unserer gesammten Nationalinteressen herbeigeführt werden könnte, wenn die Regierung das Eine thäte und das Andere nicht ließe. Das kann ich heute nicht. Wie kann ich da für künftige Verhandlungen dem Auslande Waffen leihen gegen meine eigene Regierung, wo sich der französische Minister schließlich auf das berufen könnte, was ich hier gesagt. So hat uns die Regierung in eine unmögliche Lage und sich selbst in eine Gefahr gesetzt, die unberechenbar ist, und zwar ohne jede Noth, denn der wichtige Theil der Verhandlungen liegt gar nicht in den Maßregeln, sondern in den künftig abzuschließenden Verträgen. Wenn es sich aber um solche handelt, wo ist die Nothwendigkeit, von uns im Voraus Vollmachten zu verlangen? Wo hat man je von einer Volksvertretung Vollmachten verlangt, um künftige Verträge mit einer Regierung abzuschließen?

Ich bin kein Diplomat, aber es scheint mir wunderlich von Seiten der Regierung, daß sie sich in diese schwache Position stellt, voraus Vollmachten zu verlangen, wenn sie die unendlich stärkere Position des fait accompli für sich haben kann. Wo ist denn der Fall erlebt worden, daß die Regierung vor uns getreten sei mit einem fertigen Vertrage, der nur einer Ratification bedurfte, und daß wir die Ratification verweigert hätten? Nicht ein Jota ändern wir daran, weil wir wissen, daß mit einem einzigen Jota die Sache wieder zu Boden fallen würde. Diese starke Position, die die Regierung nehmen konnte, indem sie einen Vertrag abschloß, in dem sie die oft erwähnten Mißstände bekämpfte, giebt sie preis und schwächt sich, indem sie im Voraus Vollmachten von uns verlangt. Ich muß gestehen, ich habe gar keine Erklärung dafür, als daß man das Bedürfniß fühlte, etwas zu thun und, wie es in solchen Fällen geschieht, etwas recht Verkehrtes gethan hat. (Sehr gut! links.) Was ist nun aber der Inhalt der von uns erbetenen Vollmacht? Ist sie denn nicht auch der ganzen Substanz nach bedenklich? Ich werfe ihr vor allen Dingen vor, daß sie ein Element in die Handelspolitik einführt, welches von jeher als das allerschlimmste perhorrescirt worden ist in diesen Dingen, nämlich das der Ungewißheit nach allen Seiten. Zunächst nach der Höhe des Zolls. So cursorisch war diese ganze Vorlage improvisirt, daß man nicht dazu kommen konnte, auch nur etwas zu formuliren, was uns die Grenze, in der sich die Vollmacht bewegen sollte, festsetzt, sondern ganz allgemein ließ man dem künftigen Gutachten der Regierungen die Höhe der Vergütungsprämie taxiren. Etwas Dunkleres und Ungewisseres kann es in der Finanzpolitik nicht geben. Sie wissen selbst aus den oft geschilderten Verhältnissen, daß die wirkliche Exportprämie, welche in dem acquit-à-caution liegt, wechselt, daß sie einen Marktpreis hat. Zum Theil ist der titre d'aquit-à-caution auch die Vergütung des Eingangszolles, deren Legitimität Sie anerkennen. Folglich haben Sie zu allem Anderen noch die alchemistische Aufgabe zu untersuchen, wie viel wirkliche Ausfuhrprämie in diesem titre d'acquit-à-caution steckt und wie viel Zollprämie.

Die Vollmacht, wie sie heute verlangt wird, daß die Regierung zu jeder Zeit eine solche Ausfuhrprämie nach ihrem Ermessen als Gegenstand einer Repressalie soll erklären können oder nicht, verewigt jene schlimmste Ungewißheit in allen Berechnungen des Handels, die mit den betreffenden Artikeln verkehren. Dann bringen Sie aber noch ein Moment hinein, nämlich die Differentialzölle und Sie begnügen sich nicht mit diesem Uebel allein zu kommen, sondern Sie verschlimmern es noch durch eine neue Species von Differentialzöllen. Sie ordnen sie nicht allein dem Ursprunge nach ein, sondern auch der Grenze nach und Sie beleben dadurch wieder ein altes Rüstzeug aus längst zurückgelegtem Material, veraltete Anschauungen, die nach allen Seiten hin von allen Interessenten verurtheilt worden sind. Die Handelskammer von Breslau, die im Interesse der Eisenzölle aufgetreten ist, wie das ihrer Lage inmitten einer solchen Industrie entspricht, erklärt selbst: die Rückkehr zu den Differentialzöllen verträgt sich absolut nicht mit der Handelspolitik, in die Deutschland durch die Handelsverträge und sein gegenwärtiges System eingetreten ist. Und nun wollen Sie auch noch dieses, damit wir vollständig nicht blos umkehren, sondern auch die größte Ungewißheit in unser Zollsystem einführen? Und unter welchen Umständen soll man diese Vollmacht geben? Sind wir irgendwie darüber im Klaren, wie man sie gebrauchen wird und ist die Regierung nicht selbst darüber im Unklaren? Wäre sie es nicht, so wäre sie wohl mit anderen Erwägungen vor uns getreten. Ich halte es aber für den allerschlimmsten Fehler, Jemandem Vollmacht zu geben, der selbst nicht bestimmt weiß, wie er die Vollmacht brauchen will. Wenn der Herr Handelsminister sagt: Sie können sich doch bei unseren Anschauungen darauf verlassen, daß wir diese Vollmacht mäßig und in Ihrem Sinne brauchen werden, so macht das einen außerordentlich schwachen Eindruck auf mich; er möge darin durchaus nichts erblicken, was unverbindlich gegen ihn oder gegen ein Mitglied der verbündeten Regierungen sein könnte. Die Regierungen wechseln; der Bundesrath überhaupt ist etwas Ungreifbares, von dem wir gar nicht wissen, woher seine Gedanken kommen und wohin sie gehen. (Heiterkeit.)

Beiläufig gesagt, habe ich nur die Ansicht, daß die ganze Vorlage durch den Bundesrath durchgegangen ist, ohne irgend mit ihm in eine chemische Berührung gekommen zu sein; sie ist gewissermaßen nur physikalisch durchgegangen. (Heiterkeit.) Das Ganze ist wohl blos im preußischen Ministerium ausgearbeitet und der Bundesrath, der lieber seine Hände in Unschuld waschen wollte, hat die Sache an uns gegeben, wie sie an ihn gekommen war, nachdem er sie nur von den stärksten Auswüchsen befreit hatte. Und nun sollen wir einer wechselnden Regierung bei unseren parlamentarischen Zuständen die Vollmacht geben, die wichtigsten Attributionen unserer parlamentarischen Machtvollkommenheit in allen Zeiten zu gebrauchen nach ihrer Ansicht? Das ist eine Zumuthung, wie sie schwerlich noch jemals an eine Versammlung dieser Art herangetreten ist. Man wird uns vielleicht im Laufe der künftigen Verhandlungen das Beispiel von Belgien citiren, wo in Betreff der Zuckergesetzgebung auch das Parlament der Regierung eine ganz kurzlebige Vollmacht mit ganz bestimmten Grenzen gegeben hat. Meine Herren, wenn wir einmal ein Parlament haben, wie in Belgien, das mit der Präcision eines Chronometers arbeitet, so daß wir sicher sind, daß kein Minister existirt, der nicht der adäquate Ausdruck der Majorität des Hauses ist, dann wollen wir uns über diesen Vergleich näher unterhalten. Für heute aber, glaube ich, ist die deutsche Gesetzgebung nicht in der Lage, nothwendige Attributionen in die Hände des Bundesraths niederzulegen. (Beifall.)

Bundesbevollmächtigter **Camphausen**: Man hat demjenigen Theile der Freihändler, die man als Manchestermänner zu bezeichnen pflegt, häufig vorgeworfen, daß sie stark in der Negation und schwach im Schaffen seien. Mir scheint, daß der Vorredner heut das Amt des Negirens, ohne auf den vorgelegten Gedanken entfernt einzugehen, allerdings im weitesten Umfange geübt hat. — Was die Vollmacht betrifft, die der Vorredner so ungeheuerlich findet, so will ich ihm offen bekennen, daß ich vom ersten Augenblicke an erwartet habe, der Reichstag werde auf die Begrenzung dieser Vollmacht dringen, und wenn dies geschieht, so werden wir mit ihm über Punkte verhandeln, wo eine Begrenzung nöthig erscheint und wo nicht. Wenn man voraussetzt, daß wir die Vollmacht für die Handelsverträge einer ungewissen späten Zukunft verlangen, so ist das ein Irrthum; es handelt sich nicht um künftige Handelsverträge, sondern um ein naheliegendes positives Vorgehen für die nächste Zeit. Schon vor zwei Jahren hatten wir die Hoffnung, daß die Verhandlungen, welche wir mit der französischen Regierung wegen der titres d'acquits-à-caution angeknüpft hatten, zu einem erfreulichen Resultate kommen würden, und die Verhandlungen sind auch noch nicht abgeschlossen. Wenn Frankreich den berechtigten Forderungen nachgiebt, so wird die gegenwärtige Vorlage völlig bedeutungslos, und wir haben auch deshalb die mildere Form einer vorläufigen Vollmacht gewählt, die bestimmt, daß etwas geschehen **kann**, aber nicht geschehen **muß**. Wir stehen auf der Basis, daß von der anderen Seite die vertragsmäßigen Bestimmungen nicht eingehalten sind, wie sich dieselben in dem neuen Tractat mit Oesterreich vom 9. März 1868 inhaltlich aussprechen, daß die Ausfuhrzölle dieselbe Höhe erreichen sollen, wie die Steuern derselben Gegenstände im Inlande, und daß jede Ausfuhrprämie illegal sein solle. Früher haben wir das Verfahren, welches Frankreich eingeschlagen, mit Ruhe ansehen können; mit dem 1. Januar ändert sich aber die ganze Situation, und ich würde es nicht im Interesse der Macht und der Würde Deutschlands halten, wenn es das Unrecht auf wirthschaftlichem Gebiete nicht zurückweisen wollte. Wenn Sie diese Ansicht theilen, so müssen Sie uns auch die Waffen für den Kampf geben.

Bei solcher Sachlage kann man sich nicht bei den reinen Theorien des Freihandels beruhigen und sich damit trösten, daß die von den titres d'acquits-à-caution betroffene Ausfuhr nur sieben Zehntel Procent der Ausfuhr überhaupt betrage, wenn durch jene Maßregel in gewissen Landestheilen ganze Etablissements völlig schutzlos werden. Nehmen Sie doch unser Verhältniß zu Elsaß-Lothringen, und stellen Sie sich an der Grenze desselben ein Etablissement vor, das unter Frankreichs Herrschaft in blühenden Verhältnissen sich befand, aber nach dem Uebergange an Deutschland wegen jener Maßregel geschlossen werden mußte; sollen wir diesem Verfahren mit untergeschlagenen Armen zusehen? Ich würde das nicht für richtig halten. Haben Sie zu der Regierung nicht das Vertrauen, daß Sie sich entschließen können, die Vollmacht in ihre Hände zu legen, so kann sie daran nichts ändern, sie hat aber das Bewußtsein, ihre Pflicht gethan zu haben, um jenem Nothstande entgegenzutreten. Ueber die Zukunft unserer Handelspolitik bin ich und keiner der Bevollmächtigten eines Partikularstaates im Stande, sich zu äußern; wenn ich mich aber nicht sehr täusche, so wird die nationale Seite unserer Stellung — ohne daß wir uns deshalb in Widerstreit mit der Vergangenheit setzen — in Zukunft stärker betont werden, als bisher und ich hoffe, daß Sie uns ihren Beistand dazu nicht versagen werden. (Beifall.)

Abg. **Berger** (Witten): Der Abg. Bamberger hat das Haus aufgefordert, doch nicht seine eigene Autorität zu schädigen dadurch, daß es jetzt Beschlüsse faßt, die dem früher zweimal gefaßten Beschluß in Ansehung des Eisenzolltarifes widersprechen. Ich bin im Gegentheil entschieden der Ansicht, die Autorität eines gesetzgebenden Körpers wird nicht geschwächt, sondern kann nur gestärkt werden, wenn derselbe einen einmal begangenen Irrthum einsieht und ihn zum Wohle und zum Nutzen des Landes abstellt. Redner giebt hierauf unter Verlesung der bezüglichen Stellen der Hauptredner aus dem stenographischen Bericht und der Motive des betreffenden Gesetzentwurfs ein ausführliches Resumé der Reichstagsverhandlungen über die Aufhebung der Eisenzölle vom Jahre 1873 und 1874, um nachzuweisen, daß die Voraussetzungen, Hoffnungen und Erwartungen, welche damals die Vertheidiger der Aufhebung der Zölle leiteten, in keiner Weise eingetroffen und zur Wahrheit geworden seien. Redner fährt fort: Der einzige Redner, dessen Prophezeiung zu einem Theile heute buchstäblich eingetroffen, ist der Abg. Lasker, der, obwohl er schließlich auch für die Aufhebung der Eisenzölle stimmte, doch aussprach, er halte diese Art und Weise, die Frage der indirecten Steuern zu lösen, indem man die so drückende und namentlich die ärmere Klasse des Volkes belastende Salzsteuer beibehalte, den Eisenzoll dagegen aufhebe, für einen sehr bedenklichen und verhängnißvollen Weg, der für das Wohl des Landes zu keinem gedeihlichen Ziele führen könne. Meine Herren! Die glänzende Lage unserer Eisenindustrie und unseres Gewerbslebens überhaupt, auf die damals fast alle Redner pochten, ist zu einer tief traurigen geworden, zu einem Nothstande, wie er noch niemals in Deutschland erlebt worden ist. In einem solchen Augenblicke, an einem Beschluß und an einer Maßregel festzuhalten, die unter ganz entgegengesetzten Bedingungen ins Leben trat, würde ich für eine schwere Verschuldung gegen das Vaterland halten.

Man komme uns nicht mit dem Hinweis auf England. Dort giebt es kein Eisenindustrie-Etablissement, kein Eisenbergwerk, das weiter als zwanzig Meilen von der Küste entfernt liegt, das Land hat über zehnmal mehr Canäle und namentlich viel mehr Eisenbahnen als Deutschland, vor Allem aber auch einen weit kräftiger genährten Arbeiterstand, der nicht, wie bei uns, durch eine dreijährige Dienstzeit gerade in der blühendsten leistungsfähigsten Lebensperiode der Industrie und dem Gewerbsleben entzogen wird. (Sehr wahr!) Ich werde für diese Vorlage stimmen, die freilich den Nothstand nicht zu beseitigen, wohl aber wenigstens zu verhindern vermag, daß er immer intensiver werde und Dimensionen annehme, die für die Zukunft des Landes verhängnißvoll werden können. Freilich kann ich nicht verkennen, daß diese Vorlage noch durchaus ungenügend und unzureichend ist und daß die Regierung zu ganz anderen und energischeren Schritten hätte kommen müssen. Sie hätte einfach vorschlagen müssen, die Wirksamkeit des Gesetzes vom Jahre 1873, betreffend die Aufhebung der Eisenzölle, so lange zu suspendiren, bis unsere Nachbarländer ihre Eisenzölle gleichfalls entsprechend ermäßigt haben. Das wäre der allein richtige Weg gewesen und ein solcher Vorschlag hätte sicher auch eine entschiedene Majorität in diesem Hause gefunden. (Widerspruch.)

Abg. **Wiggers**: Es ist zuvörderst auffällig, daß wir diesen Gesetzentwurf noch in so später Stunde bekommen. Es ist nicht mehr lange hin, daß dieser Reichstag vom Leben zum Tode gebracht wird, und in solchem Augenblick werden uns die wichtigsten Vorlagen gemacht. Nach meiner Meinung haben wir nicht mehr die Zeit, um alle genügend durchzuberathen, und wenn wir dieselben jetzt ohne gründliche Berathung annehmen, so schaffen wir ein Präjudiz, daß die Regierung auch künftig dem Reichstage solche Vorlagen in später Stunde macht. Was die Motive anbetrifft, so sind dieselben äußerst lückenhaft. Zunächst fehlen die statistischen Nachrichten völlig, aus denen man die Wirkung der titres d'acquits-a-caution erkennen könnte, und ferner vermisse ich es sehr, daß man keine Enquete veranstaltet hat, um die öffentliche Meinung und die Meinung der Interessenten über diesen Punkt zu erfahren. Das wäre doch nach meiner Ueberzeugung nöthig gewesen. Es ist von sämmtlichen Rednern bisher betont worden, daß die titres d'aquits-a-caution Ausfuhrprämien seien, ich behaupte aber das Gegentheil. Wenn man sich den Handelsverkehr Frankreichs ansieht, so sind die acquits lediglich eine Entschädigung für den Zoll für Roh-Eisen, welcher in Frankreich auf den Zollcentner 8 Sgr. beträgt. Diese Höhe erreichen nun die acquits thatsächlich nicht, und so stehen sich nach meiner Auffassung, abgesehen von den Transportkosten, die deutschen Fabrikanten besser wie die französischen. Sind aber die acquits keine Ausfuhr-Prämien, so fällt der Grund des Gesetzentwurfes völlig fort. In dem Gesetze ist absolut kein Termin angegeben, für welchen dasselbe zur Ausführung gelangen soll, und ich sehe deshalb wirklich nicht ein, weshalb man den Entwurf nicht dem nächsten Reichstag vorlegt. Nach allem, was ich in den Motiven zwischen den Zeilen lesen kann, kann ich nur die Absicht der Regierung finden, England hineinzuziehen und auf diese Weise die indirecte Bezollung des Eisens später wieder einzuführen.

Das Echauffement der beiden Minister für die Würde Deutschlands, welche sie bei der Vertheidigung des Entwurfs in die Debatte zogen, war nach meiner Meinung hier weniger am Platze wie Rußland gegenüber bei seinen letzten Maßregeln. Stehen so schwere wirthschaftliche Bedenken dem Entwurf gegenüber, so sind mir die politischen noch viel wichtiger. Das wichtigste Recht des Reichstages ist das der Steuerbewilligung. Wenn Sie nun diesen Entwurf annehmen, so kommt das gleich einer Steuererhöhung und Sie verzichten hiermit auf Ihr Bewilligungsrecht zu Gunsten der Executive. Wir haben aber um so mehr alle Veranlassung, eifersüchtig auf jenes unser Recht zu sein, als ein Schutzzöllner in der Brochüre „Deutschlands Handelspolitik" die Regierung geradezu zum Verfassungsbruch aufforderte. Deshalb bitte ich Sie den Entwurf abzulehnen. Ich hätte gewünscht, daß dies sofort bei der ersten Lesung geschehen möchte, doch werde ich mich auch nicht gegen die Verweisung an eine Commission sträuben.

Abg. v. **Schorlemer-Alst**: Die schwerste Noth unserer Zeit ist, daß man die besten Dinge mit Schlagwörtern todt machen will; solche Schlagworte sind auch Freihandel und Schutzzoll. Die Landwirthschaft soll des Wegfalls der Eisenzölle nothwendig bedürfen: ich selbst bin Landwirth, müßte also Freihändler sein, aber ich bin nun einmal nicht Freihändler. Der Abg. Bamberger hat mir den Vorwurf der Inconsequenz gemacht, weil ich klage, daß Beschlüsse des Reichstages nicht genügend respectirt würden und nun selbst diese Beschlüsse angreife. Thue ich denn damit mehr als die verbündeten Regierungen? Der Unterschied zwischen dem Herrn Bamberger von 1848 und von heute ist auch in ganz Deutschland notorisch (Heiterkeit). Ich will nicht die Industrie künstlich großziehen, sondern nur

die lebensfähige mit dem nothwendigen Schutze umgeben. Denn eine gesunde Industrie ist gewissermaßen das Correlat einer blühenden Landwirthschaft. Unsere Eisenindustrie halte ich für lebensfähig, also dürfen wir sie durch unsere eigenen Maßregeln mindestens nicht schlechter stellen als die ausländische. Die Petitionen für den Wegfall der Eisenzölle aus landwirthschaftlichen Kreisen sind größtentheils aus den östlichen Provinzen Preußens gekommen, je weiter nach Westen desto schwächer wird die Betheiligung. In denselben wird ausgeführt, daß sich durch den Wegfall der Eisenzölle eine Eisenindustrie im Osten entwickeln würde. Man hat ja dort schon Versuche gemacht und wie kläglich sind die ausgefallen! Die ganze Anregung geht nur von den Seestädten aus und ich glaube, die Spediteure werden den Landwirthen mehr Spesen abnehmen, als bisher für die Maschinen Zoll gezahlt wurde. Das zeigt schon der Umstand, daß Schiffs-Maschinen vom Zoll befreit wurden, landwirthschaftliche nicht. Diese Elemente sollten es doch unterlassen, die Landwirthschaft fortwährend anzuregen, sie solle sich von den Zöllen befreien. Aus jenen Gegenden im Osten kommen immer die Klagen über Arbeitermangel, die Bitten um strengere Bestrafung des Contractbruchs, um Beschränkung der Auswanderung.

Soll die Aufhebung der Eisenzölle den Arbeitermangel beseitigen? Schaffen Sie lieber die russische Zollsperre ab; aber in dieser Beziehung wird keine Hilfe zu erwarten sein. Die Differentialtarife der Eisenbahnen, die jetzige Handhabung des Berggesetzes sind ein ungeheurer Nachtheil der Landwirthschaft. Die Industrie ist ein Consument der Producte des Ackerbaues und der Viehzucht; aber mit ihr steht im Zusammenhang die Montan-Industrie, der Consument des Holzes, und seit dem Rückgang der Eisenindustrie sind die Holzpreise bedeutend gefallen. Für die kleine Ermäßigung, die durch den Wegfall der Eisenzölle entsteht, wird dem Grundbesitz eine neue Steuer aufgebürdet werden; das liegt so in unserer modernen Gesetzgebung, wenn die Eisenindustrie noch mehr zurückgeht. Die Freihändler sagen, die schwindelhaften Unternehmungen werden allerdings zu Grunde gehen und recurriren auf den Grundsatz der internationalen Arbeitstheilung. Daß schwindelhafte Unternehmungen verschwinden, dagegen habe ich nichts einzuwenden; aber auch die Kleinindustrie wird verschwinden und wir steuern dann immer mehr der Concentration des Capitals und der Industrie entgegen, die, wie die römische Geschichte zeigt, wirthschaftlich und politisch gefährlich. Die Frage der Eisenzölle ist für mich zugleich eine sociale Frage. Eine Arbeiterdeputation aus Essen, die für Beibehaltung der Eisenzölle plaidirte, ist vom Reichskanzler wohlwollend empfangen und ihr angedeutet worden, sie solle ihre Ansicht durch Petitionen unterstützen; diese Petition ist dem Reichskanzler wohl nicht zugekommen, sondern der Herr Präsident des Reichskanzleramts hat sie wohl in Abwesenheit des Reichskanzlers empfangen und bei sich hinterlegt. Durch den Ruin der kleineren Werke werden 25—30,000 Arbeiter brotlos und ich kann die Verantwortung für den Hunger der Leute nicht übernehmen um den Preis einer Phrase vom Freihandel. (Beifall im Centrum.) Nach der modernen Gesetzgebung würde der Grundbesitz diese brotlosen Arbeiter ernähren müssen, die sonst beim Blühen der Industrie die Consumenten seiner Producte waren.

Ich folgere also, der Eisenzoll schadet der Landwirthschaft nicht und ist ein nothwendiges Bedürfniß der Eisenindustrie. Die Vorlage der Regierung kann ich deshalb nicht acceptiren, weil er der Willkür zu viel freie Hand läßt. Meine Bedenken sind noch gesteigert durch die Rede des Reichskanzlers vom 5. December, in welcher er gesagt, daß es für die Schädigung unserer Interessen durch die russische Zollpolitik keine Hilfe gebe. Es ist meine berechtigte Eigenthümlichkeit, daß ich ohne Rücksicht auf entstehende Verlegenheit meine Meinung ausspreche; ich bin um so mehr veranlaßt, meine Meinung auszusprechen, als ich der Ansicht bin, daß die Politik des Reichskanzlers in wirthschaftlicher Hinsicht so schädlich ist, daß sie an ihrer eigenen Unnatur zu Grunde gehen wird, wie er das für die jetzige russische Zollpolitik prognosticirt hat. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß der Reichskanzler selbst das Ende seiner Politik erleben möge. Ich bitte Sie unserem Antrage zuzustimmen, der keine Umkehr einleitet, sondern nur ein Stillstand ist. Die Regierungsvorlage ist doch ein kleiner Finger, den man den Schutzzöllnern bietet; warum giebt man ihnen nicht gleich die ganze Hand, selbst wenn ein Minister darüber fallen sollte. (Heiterkeit.) Ich will nur noch bemerken, daß die Verweisung der Vorlage an eine Commission wohl gleichbedeutend mit dem Todtmachen derselben ist.

Reichskanzler Fürst **Bismarck**: Ich ergreife nur das Wort, nicht um mich weiter in eine Debatte einzumischen, der ich wegen einer parallelen Sitzung des Bundesrathes nicht von vorn an habe beiwohnen können, sondern nur um einen Irrthum oder einen Gedächtnißfehler des Vorredners in Bezug auf meine neuliche Aeußerung, ich glaube vom 5. December, von dieser Stelle aus zu berichtigen. Der Vorredner irrte sich, ich hätte gesagt: Rußland gegenüber auf wirthschaftlichem Gebiete gäbe es keine Hilfe. Das ist wohl nicht ganz richtig; ich habe das nur bedingungsweise gesagt. Ich habe gesagt: Wenn der Herr Interpellant von damals von Hause aus und, wie ich glaube, mit der Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses über jede Retorsionspolitik den Stab bricht, dann giebt es allerdings kein mir bekanntes wirkungsvolles Gegenmittel gegen die russische Zollpolitik, es sei denn, daß man an das Wohlwollen und von dem schlechtunterrichteten an das besser zu unterrichtende Rußland in der wirthschaftlichen Wissenschaft appelliren sollte, was ziemlich langwierig ist, und was ich viele Jahre dringend aber vergeblich gethan habe. Aber ich habe wiederholt die großen Quanta von Getreide, Holz und Vieh, die aus Rußland importirt werden, genannt, um daran die Bemerkung zu knüpfen. Wollen Sie wirklich abhelfen, so nehmen sie die Retorsionszölle an, die nur vorübergehende wirthschaftliche Handhaben sind. Wenn der Vorredner dazu bereit ist, so genügt mir das nicht, weil ich von der Unterstützung der Partei, der er angehört, allein nicht leben kann. (Heiterkeit.) Wenn aber seine Auffassung die Majorität in der Bevölkerung und im Reichstage erhielte, so habe ich in dieser Beziehung auf einem Gebiete, auf dem ich ja bekanntlich ein Dilettant bin, keine so vorgefaßte Meinung, daß ich nicht das Organ der Majorität darin sein könnte.

Wir werden bald einer ganz ähnlichen Frage gegenüberstehen zunächst bei den Verhandlungen über die Erneuerung verschiedener Handelsverträge, namentlich mit Oesterreich. Wenn wir Concessionen von Oesterreich erlangen wollen, so haben wir kein anderes Mittel, sie zu erzwingen, wenn wir nicht auf die ganz analogen Importmassen, die Oesterreich uns liefert und die wesentlich in den einfachen Producten der Landwirthschaft bestehen, einen Zoll legen, wie er von Oesterreich erhoben wird von unserem Export; ein Retorsionszoll, ein Kampfzoll ist doch nur eine vorübergehende Maßregel. Wenn man mir nach der Ansicht des Interpellanten selbst als Repressionsmittel die Möglichkeit, dasselbe auch nur in die entfernteste Aussicht zu stellen von Hause aus abschneidet, dann muß ich allerdings heute, wie am 5. December erklären, dann kann ich die Schäden der Zollpolitik unseres Nachbarn, der mit uns Handel treibt, nicht bekämpfen, wenn mir jede Waffe hierzu genommen und mir jede Gegenwirkung durch Retorsion abgeschnitten wird, wie eine solche ja in sehr mäßigem Grade in der Vorlage, die uns heute beschäftigt, in Aussicht genommen ist: eine Vorlage, die für meine Auffassung nach dieser Richtung mir nur eine Abschlagszahlung sein wird. (Hört! Hört; Bewegung.) Indessen, ich wiederhole, daß ich auf diesem Gebiete mir nicht die Leitung unserer Politik anmaße, und wenn der Vorredner darauf einging, daß meine wirthschaftliche Politik — er setzt das Wort wirthschaftlich hinzu, meinte aber wahrscheinlich meine Politik im Allgemeinen — uns überhaupt ins Verderben stürze, so muß ich die Verantwortlichkeit, soweit es die politische Seite betrifft, übernehmen und tragen, und bin auch vollkommen bereit, sie zu übernehmen, und danke dem Vorredner dafür, daß er mir langes Leben wünscht, nämlich so langes, daß ich das Ende meiner Politik erlebe; dann bin ich überzeugt, wird der Vorredner, bei der Ehrlichkeit und Offenheit, die er an sich rühmt, zu mir kommen und mir sagen: „Sie haben doch Recht gehabt." (Heiterkeit.)

Aber im Uebrigen muß ich doch den Vorredner auf die staatsrechtliche Seite meiner Stellung etwas aufmerksam machen: daß ich nämlich nicht für den Gesammtumfang meiner Politik verantwortlich bin. Das liegt in der Stellung eines Kanzlers. Der Kanzler ist nach der Verfassung der verantwortliche Beamte der Executivgewalt, aber dem Kanzler die Verantwortung für jede genommene oder nicht genommene Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung zuzuschieben, das ist eine Ungerechtigkeit. Die Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung liegt einmal bei dem Reichstage (Bewegung); ja, meine Herren, er hat sie zu nehmen, er möge die Gesetze nur ausarbeiten; dann aber liegt die Initiative wesentlich bei den einzelnen Regierungen, und darauf war die Verfassung, wie ich mich sehr wohl erinnere, ursprünglich zugeschnitten. Daß dieses Recht und diese Aufgaben von Seiten der Einzelregierungen so wenig benutzt worden sind, wie es bisher geschah, das bedaure ich wesentlich selbst, da auf diese Weise den Executivbeamten des Kaisers, an deren Spitze der Kanzler steht, der für die ganze Sphäre der Executivgewalt verantwortlich ist, gesetzgeberische Aufgaben in größerer Menge zugeschoben werden, als diese nicht große, nur beschränkte und über eine geringe Zahl von Personen verfügende büreaukratische Maschine, wie sie das Reichskanzleramt darstellt, zu leisten im Stande ist. Das ist mir selbst oft sehr unbequem gewesen, und ich bin über die Competenz darüber oft zweifelhaft gewesen, ob ich überhaupt als Reichskanzler hier Vorlagen einzubringen habe. Es ist ja sehr fraglich, wenn ich blos Reichskanzler wäre, ohne zugleich Mitglied des Bundesraths zu sein, ob ich überhaupt das Recht hätte, in einer anderen Eigenschaft, als in der eines Commissars des Bundesrathes, hier das Wort zu ergreifen. Ich spreche hier nicht als Reichskanzler zu Ihnen; meine Legitimation besteht in meiner Eigenschaft als preußisches Bundesrathsmitglied, und wenn die Gesetzgebung auf dem wirthschaftlichen Gebiete Ihren Wünschen nicht entspricht, so halten Sie sich deshalb an alle Diejenigen, die eine eigene Initiative zur Gesetzgebung haben.

Ich halte mich als Reichskanzler — als preußischer Minister ist das etwas anderes; da bin ich aber nicht Ressortminister über diese Sachen, da habe ich nicht zu vertreten, sondern nur zu bitten; aber in meiner Eigenschaft als Reichskanzler muß mir die Initiative doch einigermaßen entgegengebracht werden — ich halte mich also berechtigt, und gebe mit bereitwilligem Gehorsam darauf ein, wenn der Reichstag mir eine Aufforderung zugehen läßt (Heiterkeit), mag diese nun freundlich oder unfreundlich sein, wenn er also den Reichskanzler auffordert, ein Gesetz über diese Materie auszuarbeiten. Dann, wenn ich weiß, daß ich von Hause aus die Ermächtigung dazu habe, erbitte ich mir den Befehl des Kaisers, diesem Ansinnen des Reichstages nachkommen zu dürfen; denn dann habe ich eben von einem gesetzgebenden Körper die Aufforderung, als Executivbeamter ihm bei seinen Aufgaben behilflich zu sein. Auch wenn der Bundesrath beschließt, den Reichskanzler aufzufordern, bedarf ich noch immer der Ermächtigung des Kaisers, dessen einziger Executivbeamter ich bin. Ich bin, meine Herren, zu dieser Auseinandersetzung genöthigt durch die Neigung, die bei dem Vorredner ja natürlich ist, die aber auch bei Leuten, welche mehr persönliches Wohlwollen für mich haben, eine ziemlich allgemeine ist, für alles Uebel, das in der Welt ist, verantwortlich zu machen, daß ich eine Verpflichtung hätte, dem abzuhelfen. Für diese Sachen halte ich in erster Linie verantwortlich den dem betreffenden Ressort angehörigen Minister und das betreffende Mitglied des Bundesraths aller verbündeten Staaten und namentlich des größten, des preußischen und meine neben mir sitzenden beiden Collegen, deren größerer Sachkunde ich in dieser Beziehung bereitwillig folge. Aber mich nun dem Publikum gewissermaßen als den Schuldigen hier in einer öffentlichen Rede dafür zu denunciren, daß es eine Menge Unheil in der Welt gebe, und daß ich dem nicht abhelfe. Dieser Vorwurf ist eine Ungerechtigkeit, und wenn der Vorredner darüber nachdenkt, so wird er gewissenhaft genug sein, sich und Anderen einzugestehen, daß er zu viel von mir verlangt und mir vor dem Plenum hier und unmittelbar vor den Wahlen eine größere Verantwortlichkeit zuschreibt, als ich zu tragen verpflichtet bin.

Abg. **Braun** (Wiesbaden): Ich halte es für sehr epinös, diese Angelegenheit hier zu debattiren und glaube namentlich, daß die Aeußerungen des preußischen Handelsministers nicht dazu angethan sind, im Auslande gut Wetter zu machen. Ich habe vielfache Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf, die ich aber im Plenum nicht vollständig erörtern werde, weil sie unseren Operationen im Auslande schaden könnten. Ich glaube, daß die Commission dazu geeigneter ist. Ich halte es überhaupt für inopportun, daß wir, während handelspolitische Unterhandlungen mit dem Auslande schweben, einen Feldzugsplan debattiren, gerade so, als wenn uns unser großer Generalstab beim Beginn eines Krieges den Feldzugsplan zur Discussion vorlegen wollte. Schon die Einbringung dieses Gesetzes halte ich für einen großen Fehler, noch mehr aber daß derselbe hier discutirt wird. Der Entwurf hatte ursprünglich größere Dimensionen, im Bundesrathe ist der Sprit schon verduftet (Heiterkeit), und es ist nur Zucker und Eisen geblieben. Von Zucker hat niemand gesprochen, auch kein Minister. Ich habe dem preußischen Handelsminister gegen Schluß seiner Rede wiederholt „Zucker" zugerufen (Heiterkeit), er hat sich aber darüber schweigsam verhalten. Ob die Süßigkeit als Lockspeise stehen geblieben ist (Heiterkeit) oder als Feigenblatt, um das übrige zu verdecken, weiß ich nicht. Jedenfalls ist die Zuckerfrage nicht dringlich. Es bestehen ja jetzt über dieselbe Verhandlungen zwischen England, Frankreich, Holland und Belgien, die wir ad referendum und davon profitiren können. Ich hielt es doch für nützlich, auch etwas über Zucker zu sagen. (Heiterkeit.) Es bleibt nur Eisen übrig oder vielmehr die titres d'acquits — und dagegen das furchtbare Rüstzeug dieser Vorlage! Wenn die deutsche Industrie weiter keine Leiden hätte, als das Bischen titres d'acquits (Heiterkeit), dann könnten wir froh sein. Es kommt mir vor, als wenn man Krupp'sche Kanonen auffährt, um einem Sperling das linke Auge auszuschießen (Heiterkeit).

Dem Unterhause gehört die Entscheidung in Zoll- und Steuerfragen. Kann der Minister mir ein parlamentarisches Analogon bringen, daß dieses abgedankt habe zu Gunsten eines Oberhauses? Wer ist nun der Bundesrath, zu dessen Gunsten wir abdanken sollen? Er ist nicht zusammengesetzt aus Vertretern der deutschen Nation, sondern aus Vertretern der Partikularstaaten, welche auch Partikularinteressen vertreten. Wohin soll das in der Volkswirthschaft führen? Es käme dann darauf an, wie die Industrie in den einzelnen Staaten distribuirt ist, wie viel Stimmen im Bundesrath an der Eisen- oder Zuckerindustrie interessirt sind. Dann kommen wir wieder zu den alten Zollconferenzen, bei denen doch noch die Einzellandtage mitzusprechen hatten. Dieses Remedium fehlt jetzt und auch der Reichstag würde sich mit Annahme der Vorlage seiner Einwirkung begeben. Geschieht dies, dann kann noch Mancherlei nachkommen. (Heiterkeit.) In den alten Zollconferenzen konnte doch nur durch das liberum veto das Schädliche abgewandt werden. Dieses haben wir nicht mehr. Unsere Zollpolitik ist vielmehr nach Annahme der Vorlage abhängig von allen eventuellen Dummheiten des Auslandes. In der Handelspolitik ist aber nichts schädlicher als Unsicherheit. Ob eine Uhr ein Bischen vor oder nachgeht, thut nichts, schlimm ist es aber, wenn man den Zeiger alle Viertelstunden verschiebt. Schlimm ist es, wenn man in der Handelspolitik Bewegungen macht, wie in der Echternacher Springprozession. (Heiterkeit.)

Es schweben handelspolitische Verhandlungen, die keineswegs aussichtslos sind, und wenn unsere Handels- und Finanzminister gleich freisinnige Aeußerungen gemacht, wie die von Frankreich, so würden dieselben die Verhandlungen mehr gefördert haben, als diese Vorlage. Italien und die Schweiz, welche noch mehr als wir von den titres d'acquits betroffen werden, haben nicht dagegen reclamirt und überdies halte ich dafür, daß die Vorlage ihren Zweck verfehlen wird, denn die französische Regierung wird in Abrede stellen, daß die titres d'aquits Ausfuhrprämien im Sinne des § 1 der Vorlage sind, wie dies der Abg. Wiggers nachgewiesen hat. Wir haben in Frankreich das Recht der meistbegünstigsten Nationen, unsere Ausfuhr nach Frankreich hat sich von 1863 bis 1874 von 9 auf 131 Millionen gesteigert, diese Vorlage aber ist geeignet, uns dieses Recht zu verwirken. Der Finanzminister sagte im Gegensatz zum Handelsminister, man wolle die Vorlage nicht als eventuelle Waffe in Reserve behalten, sondern sofort Maßregeln treffen, auf Grund derer man unterhandeln wolle. Dann schlage man uns Maßregeln vor. Wenn man Retorsionszölle will, was unter Umständen zu rechtfertigen ist, dann muß man auch wichtige Artikel treffen — und das ist hauptsächlich der Wein. Ich wiederhole — ich votire wohl Gesetze, aber ich danke nicht ab. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Finanzminister **Camphausen**: Was eine Besteuerung des Weines betrifft, so sind wir in dieser Beziehung bis zum 31. December 1877 durch bestehende Verträge gebunden, durch eine Ausgleichabgabe hierauf würden sie uns für jetzt impotent machen. Ich muß dringend daran mahnen, daß sich die Thätigkeit der Regierungen nicht auf diese Vorlage zu beschränken braucht, sondern daß beim Abschluß der Handelsverträge größere Ziele werden verfolgt werden können. Wir haben die freisinnigen Aeußerungen, wie sie französische Minister gegeben, und welche der Vorredner bei uns vermißt, als selbstverständlich vorausgesetzt, weil wir um unserer freisinnigen Politik willen seit zwei Jahren die ärgsten Verfolgungen erdulden. Ueberdies hat mein College Achenbach unseren unveränderten Standpunkt betont. Es sollen durch die Vorlage nur Artikel getroffen werden, für welche Ausfuhrprämien vergütet werden. Die Zahl derselben kann natürlich nur beschränkt sein. Eine Zuschlagsabgabe zu unserer Einfuhrabgabe auf Sprit erschien überflüssig. In Betreff des Mehls sind wir durch bestehende Verträge gebunden und für solche Hemmnisse sind wir nicht verantwortlich. Uebrigens stehen neue Verhandlungen über Handelsverträge mit Oesterreich und Italien bevor. Der Vorredner sagt, wir bedürfen dieser Maschinen gegen Frankreich nicht. Er hat damit die Frage verdunkelt. Wir glauben, daß Frankreich mit den titres d'acquits seine vertragsmäßigen Pflichten gegen uns nicht erfüllt, während die französische Regierung anderer Meinung ist. Das Motiv der Ausfuhrprämien gilt nur dem deutschen Reichstage, nicht dem Auslande gegenüber. Was den Vorschlag einer Commissionsberathung betrifft, so hat die Regierung dagegen keinen Einwand zu erheben, falls sie voraussetzen darf, daß die Erledigung der Vorlage dadurch beschleunigt wird. Die Regierung ist überzeugt, daß die genauere Prüfung nur dazu dienen kann, alle Vorurtheile gegen die Verträge zu zerstreuen. Jedenfalls dürfen Sie glauben, daß uns nichts ferner gelegen hat, als von dem Reichstage einen Verzicht auf sein Besteuerungsrecht zu fordern. Wäre das die Tendenz, so hättte ich mich zur Vertheidigung der Vorlage sicher nicht hergegeben. (Beifall.)

Minister **Achenbach**: Die Frage, ob man den früheren Beschluß der Aufhebung der Eisenzölle wieder rückgängig machen solle, ist von mir gar nicht berührt worden, da jedoch von anderer Seite auf diese Eventualität hingewiesen ist, so halte ich mich für verpflichtet, die Behauptungen, auf die ein solches Verlangen gestützt wird, mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Regierung verkennt keineswegs, daß die Eisenindustrie sich in einer üblen Lage befindet, sie muß aber dagegen protestiren, daß man diese Lage in einen inneren Zusammenhang mit irgend welchen Beschlüssen dieses Hauses oder der Regierungen bringe. Ein Urtheil darüber, welchen Einfluß die Aufhebung der Eisenzölle auf unsere Industrie hat, wird sich überhaupt erst im nächsten Jahre feststellen lassen und selbst dann würde der Ruin einzelner Etablissements noch nicht beweisen, daß diese Eventualität durch unsere Zollpolitik herbeigeführt sei. Wenn von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß andere Länder lange nicht so empfindlich gegen die titres d'acquits-à-caution seien, um mit derartigen Maßregeln vorzugehen, so erinnere ich daran, daß jene Länder vermöge ihrer erheblichen Zölle durch jene Einrichtung viel weniger getroffen werden als wir, sobald wir den Eisenzoll vollständig fallen gelassen haben. Auf die schönen Reden der Minister in Frankreich, mit denen uns der Abg. Bamberger vertröstet, können wir uns nicht verlassen; thatsächlich haben dieselben von jeher mit Energie schutzzöllnerische Tendenzen an den Tag gelegt und diese Thatsache ist für uns maßgebend.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß über den Zucker, der ebenfalls in die Vorlage aufgenommen ist, gar nichts gesprochen worden, so ist das allerdings richtig; eine besondere Motivirung für diesen Artikel habe ich deshalb nicht für nöthig gehalten, weil für ihn — wenn die Verhältnisse auch nicht so dringlich sind, wie bei dem Eisen — doch dieselben allgemeinen Gesichtspunkte gelten wie für das letztere. Gegen eine Commissionsberathung hat die Regierung Nichts einzuwenden, wenn man dieselbe für nothwendig hält, um von der Regierung noch genauere Aufschlüsse zu erhalten; sollte man dagegen die Absicht haben, die Vorlage in der Commission zu begraben, so muß die Regierung dagegen entschiedenen Einspruch erheben, weil sie großen Werth darauf legt, daß das Haus den Gesetzentwurf mit einem bestimmten Ja oder Nein beantworte.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und die Vorlage an eine **Commission** von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Eine Reihe kleinerer Vorlagen und dritte Lesung des Etats. Auf den Wunsch der Abgg. Miquel und Windthorst werden außerdem als erster Gegenstand die Justizgesetze auf die Tages-Ordnung gesetzt, um eventuell den Regierungen die Möglichkeit zu geben, so schnell als möglich Mittheilungen über ihre Stellung zu den Beschlüssen des Hauses zu machen.) Schluß 5¾ Uhr.

Berlin, 12. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem ersten Lehrer Dr. Bach an dem katholischen Schullehrer-Seminar zu Boppard den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Superintendenten Dr. Brömel zu Ratzeburg zugleich zum Consistorial-Rath und Mitglied des Consistoriums in Kiel ernannt; dem Rittergutspächter Wilhelm Christian Theodor Anders zu Groß-Rakow im Kreise Grimmen den Charakter als Oeconomie-Rath verliehen; und in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Hamm getroffenen Wiederwahl den Dr. Wilhelm von der Mark daselbst als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Hamm für eine fernerweite sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der praktische Arzt Dr. Bartsch zu Neuhaldensleben ist zum Kreisphysikus des Kreises Neuhaldensleben; der Sanitätsrath Dr. Beerel zu Sagan zum Kreis-Wundarzt des Kreises Sagan, und der praktische Arzt 2c. Dr. Senstius, mit Belassung des Wohnsitzes in Gniewkowo, zum Kreis-Wundarzt des Kreises Inowraclaw ernannt worden. — Der Referendar Dyckhoff aus Hannover ist zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts zu Celle mit Anweisung seines Wohnsitzes in Osnabrück ernannt worden. — Der Rittmeister a. D. Kalau vom Hofe ist zum Vorsteher des Landgestüts-Marstalles zu Gudwallen ernannt worden.

Berlin, 12. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute Vormittag die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai, des Chefs der Admiralität, Generals der Infanterie v. Stosch und des Chefs des Militär-Cabinets, General-Majors v. Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing gestern Ihre Durchlaucht die Fürstin von Bismarck in Audienz und nahm die Vorstellung der Frau Staats-Minister Hofmann und der Gemahlin des Großherzoglich mecklenburgischen Gesandten von Prollius entgegen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags die Meldung des General-Lieutenants Freiherrn von Willisen, Commandeurs der 28. Division, des General-Lieutenants von Witzendorff, Commandeurs der Cavallerie-Division des XV. Armee-Corps, des General-Majors von Briesen, Commandeurs der 2. Infanterie-Brigade, des Königlich würtembergischen General-Majors von Faber du Faur und anderer Offiziere entgegen.

Abends 8½ Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Oper.

(Reichs-Anz.)

= **Berlin**, 12. Dec. [Die Bundesraths-Beschlüsse über die Justizgesetze.] Der Bundesrath trat heut Nachmittag um 1½ Uhr im Reichstage zu einer Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Reichskanzler Fürst Bismarck, ein Vorgang, der seit einer Reihe von Jahren nicht stattgefunden hat. An der Berathung betheiligten sich die leitenden und die Justizminister von Baiern, Würtemberg, Sachsen, Baden, Hessen und sämmtliche z. Z. hier anwesende Bevollmächtigte des Bundesrathes. Die Beschlüsse gehen, wie versichert wird, über jene des Ausschusses hinaus. Es sind im Ganzen 18 Punkte als unannehmbar erklärt. Sie betreffen sämmtliche principielle Beschlüsse des Reichstages in zweiter Lesung. Danach lehnt der Bundesrath ab, alle Beschlüsse des Reichstages, welche die Presse betreffen: die Verweisung der Preßdelicte vor die Schwurgerichte, die Aufhebung des Zeugnißzwanges, das Forum der Beschlagnahme. Ferner werden abgelehnt, die Reichstagsbeschlüsse bezüglich des Competenz-Conflictes, der Beamtenverfolgung, der Bestimmung, wonach der Angeklagte den Vertheidiger sprechen darf, ohne Zuziehung von Gerichtspersonen, der Beschlagnahme von Briefen durch die Staatsanwaltschaft 2c. Man beschloß, morgen dem Reichstage eine Mittheilung über das Resultat der heutigen Berathung zugehen zu lassen, wozu übrigens auch die vollständige Zustimmung des Bundesrathes zu der Concursordnung und der Civilprozeßordnung gehört. Der Reichstag wird eine Pause von zwei Tagen eintreten lassen, um den Fractionen Zeit zu gönnen, zu den Bundesrathsbeschlüssen Stellung zu nehmen. Die Hoffnung auf das Zustandekommen der Justizgesetze ist fast überall geschwunden und die Verstimmung allgemein.

Oesterreich.

Wien, 12. Dec. [Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Bei der Berathung des Budgets für das Unterrichtsministerium erklärte der Cultusminister v. Stremayr in einer ausführlichen Rede, er wolle den Culturkampf gern vermeiden. Bei der Universität in Innsbruck bestehe keine Jesuiten-Facultät, sondern eine theologische wie an anderen Hochschulen, ebenso würden daselbst die Professoren wie bei anderen Facultäten ernannt. Er, der Minister, halte auch heute an dem im Jahre 1871 vorgelegten und bis jetzt zum größten Theile durchgeführten Programm fest und hoffe noch im Laufe der Session bezügliche Gesetzesvorlagen einzubringen. Er denke nicht an eine Germanisirung der österreichischen Slaven und bringe allen österreichischen Volksstämmen gleiches Interesse für die Pflege ihrer Muttersprache entgegen, jedoch sei der Vortheile zu gedenken, welche den nichtdeutschen Oesterreichern aus der Kenntniß der deutschen Sprache erwachsen. Der Minister betonte schließlich nochmals seine vollkommene Unparteilichkeit jeder Nation gegenüber. Das Haus nahm die Rede des Ministers mit lebhaftem Beifall auf.

Pest, 12. Decbr. [Unterhaus.] Der Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf der Ungarischen Ostbahn, wurde mit einer Majorität von 78 Stimmen genehmigt. Ebenso wurde der Antrag auf gerichtliche Verfolgung der Concessionäre, Bauunternehmer und Directionsräthe angenommen, obwohl der Ministerpräsident Tisza gegen den Antrag sprach, indem er die gerichtliche Untersuchung als wahrscheinlich erfolglos bezeichnete.

Breslau, 13. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 16 Cm. U.-P. — M. 60 Cm.

Berliner Börse vom 12. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe. .	4½	103,90 bz
do. de 1876 .	4	96,50 bz
Staats-Anleihe	4	96,40 bz
Staats-Schuldscheine. .	3½	93,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,20 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,75 bzB
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,25 bz
Pfandbriefe. Pommersche	3½	82,25 bzB
do.	4	93,70 bz
do.	4½	101,50 bzG
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue. . .	4	93,40 bz
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94,40 bz
Pommersche	4	94,40 bz
Posensche	4	94,75 bz
Preussische	4	94,50 G
Westfäl. u. Rhein.	4	97,50 bz
Sächsische.	4	95,60 bz
Schlesische	4	95,10 G
Badische Präm.-Anl. .	4	117,30 bz
Baierische 4% Anleihe	4	119,50 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	106 90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 245,20 bz
Badische 35 Fl.-Loose 132 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,40 bz
Oldenburger Loose 131 bz

Ducaten 9 67 etbzG	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,35 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,24 bz	Oest. Bkn. 166,30 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 246,75 bz
Dollars 4,18 etbzG	

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	102,20 bzB
Unkb. Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzB
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,50 bz
do. rückzb. à 110	5	104,70 bzG
do. do. do.	4½	97,80 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,75 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr. .	5	101,40 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	105,25 bz u. G
do. do. II. Em.	5	100,75 bz u. G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107,25 bz
do. do. II. Em.	5	105,25 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	101 bz
do. 4½ do. do. m.110	4½	95 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	100,40 G
Oest. Silberpfandbr. .	5½	33 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101,50 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	30 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silberrente	4⅕	52,80 bz
(1/1. 1/7. u. 1/4. 1/10.)		1/4. 1/10. 53 bz
do. Papierrente	4⅕	48 bzB
(1/2. 1/8. u. 1/5. 1/11.)		1/5. 1/11. 48bzB
do. 54er Präm.-Anl. .	4	90 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	92,75 bz
do. Credit-Loose . . .	—	291 bz
do. 64er Loose	—	240 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	138,25 bz
do. do. 1866	5	136 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	76,90 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	76 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	67,75 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	59,75 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,30 bzG
do. do. 1885	6	100,50 bzG
do. 5% Anleihe . . .	5	101,40 bzG
Französische Rente . .	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	69,30 etbz
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	100 G
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	65,90 bzB
Rumänische Anleihe. .	8	80,50 bzG
Türkische Anleihe . . .	5	8,50 etbzG
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	64,75 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,50 B
Türken-Loose 24 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II. .	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	84,00 bz
do. do. VI.	4½	97 G
do. Hess. Nordbahn.	5	102 B
Berlin-Görlitz	5	101,25 bz
do.	4½	— —
do. Lit C. . .	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	— —
do. do. K.	4½	— —
do. von 1876	5	96 80 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. . . Lit. B.	4½	98,50 G
do. . . . . IV.	4	91,50 bzG
do. . . . . V.	4	89,70 G
Halle-Sorau-Guben . .	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken .	4½	92 G
Märkisch-Posener . . .	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95,75 B
do do. II. Ser.	4	94,75 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	95,75 B
do do. III. Ser.	4	94,10 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	91 bz
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	100 G
do. G.	4½	98,25 B
do H.	4½	100,50 bzE
do. . . von 1869.	5	101,80 bz
do. von 1873. .	4	— —
do. von 1874. .	4½	96,90 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	101,75 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn . .	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	100,40 bzB
Schlesw. Eisenbahn . .	4½	99,10 G
Chemnitz-Komotau. . .	5	96,10 bz
Dux-Bodenbach.	5	55 G
do. II. Emission . .	5	37 G
Prag-Dux.	fr.	22 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	78,90 bz
do. do. neue	5	76,75 G
Kaschau-Oderberg . . .	5	60,60 bzG
Ung. Nordostbahn . . .	5	47 50 bz
Ung. Ostbahn.	5	44,50 bz
Lemberg-Czernowitz .	5	62,80 bz
do. do. II.	5	61,40 bzG
do. do. III.	5	53,10 B
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr.	14,25 B
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn .	5	59,25 bz
Oesterr.-Französische	3	311 bzB
do do. II.	3	299 G
do. südl. Staatsbahn	3	233,40 bz
do. neue	3	232 40 bz
do. Obligationen	5	73,70 G
Warschau-Wien II. . .	5	91 etbzG
do. III. . .	5	84,10 bz
do. IV. . .	5	77,75 bzG
do. V. . .	5	74 90 B

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,15 bz
do. do.	2 M.	3	168,30 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,34 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,15 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	242,50 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	245,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	160 bz
do. do.	2 M.	4½	159,10 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	1	4	17 G
Berg.-Märkische. .	2	4	4	78 bzB
Berlin-Anhalt . . .	8⅓	8	4	103 bzB
Berlin-Dresden . .	5	2½	4	17 G
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	20,20 B
Berlin-Hamburg . .	12½	10	4	173,50 bz
Berl. Nordbahn . .	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb	1⅗	3	4	77,60 bz
Berlin-Stettin . . .	9 11/20	9	4	119 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	67,80 bz
Breslau-Freib. . . .	7½	5⅔	4	65,75 bz
Cöln-Minden	6 3/20	4 8/10	4	99,80 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,25 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	5 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	80,26 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6,10 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	8,25 bzG
Kaschau-Oderberg	5	5	5	33,50 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	40,60 bzG
Ludwigsb.-Bexb. .	9	9	4	178,50 bz
Märk.-Posener . . .	0	0	4	11,80 bzB
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	103 bzB
Magdeb.-Leipzig . .	14	14	4	— —
do. Lit. B.	4	4	4	— —
Mainz-Ludwigsh. .	6	6	4	95,25 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	96,25 bz
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	132,75 bz
do. B. . . .	12	10½	3½	123 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	416-13 50-14
Oest. Nordwestb.	5	5	5	189 10 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	1½	0	4	125,50-4.50-5
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	19,50 G
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,90 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	41,60 bz
Rheinische	8	8	4	110,40 bzB
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7,50 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	8,50 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,50 bzG
Stargard - Posener	4½	4½	4½	101,25 bz
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	132,25 bzG
Warschau-Wien. .	10	7½	4	184 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer . .	4	5	5	54 G
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub. .	0	0	5	17,50 etbzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	26 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	31 B
Märkisch-Posener	0	3½	5	63 70 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	93,80 bz
Ostpr. Südbahn . .	3½	5	5	71,40 bz
Pomm. Centralb. .	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109 bz
Rumänier.	8	8	8	45,25 bzG
Saal-Bahn	2⅔	1½	5	19,50 bz
Weimar-Gera. . . .	5	2½	5	— —

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand-.G.	5	0	4	23 G
Anglo DeutscheBk.	0	3	4	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	164 bz
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	68,50 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	9½	4	84,50 G
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	98,20 bzB
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	67,75 bzG
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	68 G
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	116,50 B
Darmst. Creditbk.	10	6	4	98 75 bzB
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,75 bzG
Deutsche Bank . .	5	3	4	79,80 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	149,90 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	106 bz
do. ult.	12	7	4	105,75-3/8 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	86 etbzG
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	3 bzG fr. Z.
Goth. Grundcredb.	9	8	4	100,50 G
Hamb. Vereins-B.	11 1/9	9 4/9	4	117,50 G
Hannov. Bank . . .	6⅔	9 7/15	4	102,10 B
Königsb.Ver.-Bank	5¾	5¼	4	80 B
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9⅚	7	4	166 bzB
Luxemburg. Bank	9	6½	4	92,25 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	102,50 B
Meininger do.	4	3	4	68 G
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	16 B
Nordd. Bank	10	6¾	4	124 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	97,75 B
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	47 G
Oest. Cred.-Actien	6⅞	5	4	218,50-17
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	94,90 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94 30 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,25 G
Sächs. Bank	10½	10	4	123 bzB
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93,10 G
Schl. Bank-Verein	6	5	4	86,75 G
Schl. Vereinsbank	5	5	4	89,20 B
Thüringer Bank. .	6	5	4	70 G
Weimar. Bank. . .	5¼	0	4	37 bzB
Wiener Unionsb. .	5	2 3/7	4	73 B

In Liquidation.

Berliner Bank . . .	0	—	fr.	88,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	83 G
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57,50 B
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	95 G
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	83,30 bz
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	92,10 G
Hessische Bank . .	0	—	fr.	55,50 G
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	90 G
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	1,25 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	139 bz
D. Eisenbahnb.-G.	3	0	4	5,50 bz
do. Reichs-u.Co.-E.	4	0	4	64,25 bz
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	10,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	52,50 B
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	2,75 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	122,50 bzG
Schles. Feuervers.	17	20	4	722 B
Donnersmarkhütte	4	3	4	17 bzG
Dortm. Union . . .	0	0	4	6,40 bzB
Königs- u. Laurah.	10	2	4	70,25 bz
Lauchhammer . . .	0	0	4	25 bzG
Marienhütte	7⅔	8	4	67,50 bzB
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6 B
Redenhütte	0	0	4	6,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	5 B
Schl.Zinkh.-Actien	7	6	4	76,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	82 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	36 G
Vorwärtshütte . . .	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd .	0	0	4	40,50 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	48,25 B
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44 G
Erdm. Spinnerei .	4	1	4	14,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	4	4	41 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	11 G
O. Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	27,50 G
Schl. Leinenind. .	7½	8	4	— —
do. Porzellan	0	0	4	9,50 G
WilhelmshütteMA.	4	4½	4	66 etG

Berlin, 12. Dec. Neben der schon gestern Abend aus Wien gemeldeten Steigerung des dortigen Goldcourses wirkte auf die heutige Börse die aus officiellen Kreisen stammende Nachricht, daß die Pforte sich dahin geäußert habe, eine jede Occupation ihres Terrains als Kriegsfall auffassen zu wollen, sehr verstimmend. In gleichem Sinne übte auch die wenig befriedigende Einnahme der österr. Staatsbahn einen Einfluß und das Ergebniß von allen diesen zusammentreffenden Umständen war eine überaus träge und lustlose Stimmung. Der Verkehr, der gestern eine etwas lebhaftere Entwickelung genommen hatte, war heute wieder auf das Aeußerste beschränkt und auf sämmtlichen Gebieten gehörten die Coursreductionen nicht zu den Seltenheiten. Den weitesten Rückgang erfuhr unter den internationalen Speculationspapieren österreichische Staatsbahn, aber auch Creditactien waren zu nicht ganz unbedeutend billigerem Course zu haben. Lombarden blieben ganz vernachlässigt und gilt ihre Notiz nur als nominell. Die österr. Nebenbahnen betheiligten sich nur in ganz unbedeutendem Maße am Verkehr. Die Nachfrage hat aufgehört und somit war ein Abbröckeln der einzelnen Course ganz natürlich. Galizier waren ausgesprochen matt und angeboten und in Folge dessen auch niedriger. Auch die localen Speculations-Effecten büßten trotz des sehr geringfügigen Umsatzes wiederum an den Coursen ein. Nur Dortmunder zeigten eine etwas bessere Haltung. Disconto-Commandit 106, ult. 105¾—¼—½. Laurahütte 70¼, ult. 70,25 bis 70,40. In ausländischen Staatsanleihen blieb das heutige Geschäft sehr hinter dem gestrigen Verkehre zurück. Die Umsätze vollzogen sich nur träge und gewannen überdies auch keinen nennenswerthen Umfang, österreichische Renten bewegten sich sehr mäßig bei schwacher Haltung. Goldrente wurde zu 57¼—57 bez. und Brief gehandelt. Russische Werthe waren ebenfalls matter, nur Prämienanleihen zogen im Course etwas an. 5procentige Anleihe per ult. 79½—79, preußische und andere deutsche Staatspapiere ganz unbelebt. Eisenbahnprioritäten meist in gedrückter Tendenz, russische Prioritäten in Thalerstücken behaupten sich gut, dagegen gaben Pfd. St.-Stücke nach. Auf dem Eisenbahnactienmarkt stagnirte der Verkehr, Stettiner ausnahmsweise lebhaft und steigend, Rhein. B. ebenfalls begehrt, Thüringer belebt, Halberst. matter, Potsdamer nachgebend, von leichten Bahnen Nahebahn, Amsterdam-Rotterdam und Weimar-Geraer in einigem Verkehr. Bankaktien unbelebt. Preuß. Bodencredit zog bei regem Verkehr etwas an. Deutsche Bank besserte die Notiz. Meininger Bank belebt. Antwerpener Centralbank höher. Brüsseler Bank und Deutsche Hypothekenbank anziehend, auch Braunschweiger Bank, Börsen-Handelsverein und Mecklenburgische Hypothekenbank erhöhten den Cours. Dessauer Landesbank angeboten. Sprit-Bank Wrede matter. Industriepapiece meist ohne Umsatz. Große Pferdebahn behauptet. Glauziger Zuckerfabrik wieder niedriger, Hannoversche Maschinenfabrik anziehend. Montanwerthe schwach, Lauchhammer weichend, Hibernia gedrückt. Phönix A., Tarnowitzer und Aplerbecker niedriger. Donnersmarck in guter Frage.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 216, Lombarden 124,50, Franzosen 414,00, Reichsbank 149,90, Disconto-Commandit 105,25, Dortmunder Union 6,40, Laurahütte 70,25, Köln-Mindener 100,00, Rheinische 110,00, Bergische 78,00, Rumänen 8,50, Türken 8,25.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 12. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 37. Pariser Wechsel 81, 27. Wiener Wechsel 160, 50. Böhmische Westbahn 135. Elisabethbahn 107. Galizier 159½. Franzosen*) 206⅝. Lombarden*) 61¾. Nordwestbahn 94½. Silberrente 52¾. Papierrente 47⅞. Russische Bodencredit 76⅜. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100½. 1860er Loose 92⅜. 1864er Loose 241, 00. Creditactien*) 107½. Oesterreichische Nationalbank 658, 00. Darmst. Bank 98½. Berliner Bankverein 83⅜. Frankf. Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 67½. Hessische Ludwigsbahn 95 15/16. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 128, 20. do. Schatzanweisungen alte 77¼. do. Schatzanweisungen neue 74⅞. do. Ostbahn-Obligationen II. 53⅛. Central-Pacific 97¾. Reichsbank 149⅞. Goldrente 57⅛.

Matt. Cours fast durchweg niedriger.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 107⅝, Franzosen 206⅞, 1860er Loose —, Galizier —. Lombarden —, Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 12. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 114⅞, Silberrente 52¾, Creditactien 107, 1860er Loose 92¾, Franzosen 515, Lombarden 155½, Ital. Rente 68¾, Vereinsbank 117¾, Laurah. 70, Commerzbank 94, Norddeutsche 123⅝, Anglo-deutsche 40, Internationale Bank 83¼, Amerikaner de 1885 95½, Köln-Minden. St.-A. 100, Rhein-Eisenbahn do. 110, Bergisch-Märk. do. 78, Disconto 3 pCt. Matt. Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 85,30 Br., 84,30 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 36 Br., 20, 30 Gd., London kurz 20, 45 Br., 20, 39 Gd., Amsterdam 168, 10 Br., 167, 50 Gd., Wien 159, 00 Br., 157, 00 Gd., Paris 80, 90 Br., 80, 50 Gd., Petersburger Wechsel 244, 00 Br., 238, 00 Gd.

Hamburg, 12. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen pr. December-Januar 216 Br., 215 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 224 Br., 223 Gd. Roggen pr. December-Januar 165 Br., 164 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 169 Br., 168 Gd. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl fest, loco 79, pr. Mai pr. 200 Pfd. 79. — Spiritus fest, pr. December 46, pr. Januar-Februar 46, pr. April-Mai 46½, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46½. Kaffee sehr angenehm, Umsatz 6000 Sack. Petroleum sehr fest, Standard white loco 35, 50 Br., 35, 00 Gd., pr. December 35, 00 Gd., per Januar-März 27, 50 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 12. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Stramm. Tagesimport 37,000 Ballen, davon 29,000 Ballen amerikanische. Amerikanische Ankünfte schlossen gestern 1/16 D. höher.

Liverpool, 12. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Fest. Amerikanische aus irgend einem Hafen neue Ernte Januar-Februar-Verschiffung 6 25/32, alte Ernte Januar-Februar-Lieferung 6 21/32 D.

Middl. Orleans 6⅞, middl. amerikanische 6 11/16, fair Dhollerah 5¼, middl. fair Dhollah 4⅞, good middl. Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4⅜, fair Bengal 4¾, good fair Broach —, new fair Oomra 5¼, good fair Oomra 5¼, fair Madras 4¾, fair Pernam 6⅝, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6⅝.

Manchester, 12. Decbr., Nachmittags. 12r Water Armitage 8, 12r Water Taylor 8¾, 20r Water Micholls 10¼, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11½, 40r Mule Mayoll 11¼, 40r Medio Wilkinson 12¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 11¼, 40r Double Weston 11¾, 60r Double Weston 15¾, Printers 16/16, 34/50 8½pfd. 105. Preise steigend.

Petersburg, 12. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29¼, do. Hamburg 3 Monate 248¾, do. Amsterdam 3 Mt. 148, do. Paris 3 Mt. 308, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 186, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 182, ½-Imperials 6, 70. Große russische Eisenbahn 169¼. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 101⅝. Privatdisc. 9¼%.

Petersburg, 12. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48,50. Weizen loco 10,50. Roggen loco 6,50. Hafer loco 4,50. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco —. —. — Wetter: 14 Grad Kälte.

Newyork, 12. Decbr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 7½. Wechsel auf London 4, 82. 5/20 Bonds de 1885 108¾, dito 5% fundirte Anleihe 110⅜. 5/20 Bonds de 1887 114⅞. Erie-Bahn 8⅛. Baumwolle in Newyork 12¼. do. in New-Orleans 11¾. Raff. Petroleum in Newyork 33. Raff. Petroleum in Philadelphia 31. Mehl 5, 75. Mais (old mixed) 60. Rother Frühjahrsweizen 1, 38. Caffee Rio 18⅝. Havanna-Zucker 9⅞. Getreidefracht 6¾. Schmalz (Marke Wilcox) 10¾. Speck (short clear) 9.

Königsberg, 12. Decbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, Roggen unverändert, loco 121/122 pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 163,75, pr. December 155,00, pr. Frühjahr 155,00, pr. Mai-Juni 155,50. Gerste still. Hafer ruhig, inländischer loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 144,00, pr. Frühjahr 146,00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 137,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 % loco 53,25, pr. December 53,50, pr. Frühjahr 58,75. — Wetter: Gelinde.

Danzig, 12. Decbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matt. Umsatz 270 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollg. 210,00, hellbunter 213,00 bis 215,00, hochbunter und glasig 218,00, pr. December 219,00, pr. April-Mai 220,00. — Roggen unverändert, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländischer 163,00 bis 164,00, per April-Mai 170,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 142,00—143,00, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 157,00. Weiße Kocherbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 146,00 bis 148,00. Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 150,00. Spiritus pr. 100 Liter 1000 pCt. loco 52,00.

Antwerpen, 12. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste stetig.

Antwerpen, 12. Decbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 88 bez. u. Br., pr. December 83 bez. und Br., pr. Januar 72 bez. und Br., per Februar 63 Br., per April 60 Br. — Weichend.

Bremen, 12. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 34, 00, pr. Januar 31, 00, pr. Februar 27 bez.

Berlin, 12. December. [Producten-Bericht.] Die Stimmung für Roggen ist fest und es war der wenig umfangreichen Kauflust für Termine nur unter Bewilligung etwas erhöhter Forderungen möglich, sich zu befriedigen. Waare geht nicht viel um, Eigner halten aber fest auf Preis. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen ist mehr begehrt worden und erst durch bessere Gebote wurde ausreichendes Angebot herangezogen. — Hafer loco fortdauernd flau, Termine leblos. — Rüböl wurde heute vernachlässigt und hat sich im Werthe nicht viel verändert. — Petroleum neuerdings etwas besser bezahlt, doch weit weniger erregt als gestern. — Spiritus machte Fortschritte in der Preissteigerung. Das Angebot genügte der mäßigen Nachfrage kaum.

Weizen loco 190—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner bunter polnischer — M. ab Bahn bez., per December 220—221 M. bez., per April-Mai 223½—225½—225 M. bez., per Mai-Juni 225 bis 226 M. bez. Gekündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 220½ Mark. — Roggen loco 155 bis 186 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 156 bis 158 M. ab Kahn bez., neuer russischer 160—168 Mark bezahlt, neuer polnischer — Mark bezahlt, inländischer 176—185 Mark ab Bahn bezahlt, per December 159½—160 Mark bez., per December-Januar 159½ bis 160 Mark bezahlt, per Januar-Februar 159½ bis 160 Mark bez., per Frühjahr 164½—165½ Mark bez., per Mai-Juni 162½—163½ Mark bez. Gekündigt 7000 Centner. Kündigungspreis 160 Mark. — Hafer loco 125—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 130 bis 157 Mark bez., russischer 130—148 M. bez., pommerscher 162 bis 166 M. bez., schlesischer 150 bis 163 M. bez., galizischer — M. bez., böhmischer 155—163 Mark bez., ungarischer 137—140 Mark bez., defecter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per December — M. bez., per December-Januar — M. bez., per Frühjahr 158 Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: inclusive Sack per December 22,90—95 Mark bezahlt, per December-Januar 22,90—95 Mark bezahlt, per Januar-Februar 22,95—23 Mark bezahlt, per Februar-März 23—23,05 Mark bez., per März-April 23,15—20 Mark bez., per April-Mai 23,20—25 M. bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 70 Mark bez., per December 68,5 bis 68 Mark bez., per December-Januar 62—63 M. bez., per Januar-Februar 54,2—5 Mark bez., per Februar-März 48,5 M. bez., per März-April 46 M. bez., per April-Mai — Mark bez. Gekündigt 200 Bar. — Kündigungspreis 68,5 M.

Spiritus loco „ohne Faß" 56,4 Mark bezahlt, per December 57 bis 57,6—4 Mark bezahlt, per December-Januar — Mark bez., per April-Mai 59,2—5—3 M. bez., per Mai-Juni 59,5—8—6 M. bez., per Juni-Juli 60,5 bis 7 Mark bezahlt. Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 57,4 M.

Breslau, 13. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide ruhig, bei etwas schwächerem Angebot Preise unverändert.

Weizen, feine und harte Qualitäten blieben preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17—19,20—21,40 Mark, gelber 17,30—18,80—20,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,10 bis 17,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, per 100 Kilogr. neue 14,00—14,50 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neuer 13,50 bis 14,40 bis 15,30 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbsen schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 15—16—17,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in sehr fester Stimmung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	50	31	50	30	50
Winterrübsen	33	—	30	—	29	—
Sommerrübsen	31	—	29	—	28	—
Leindotter	27	—	26	—	23	50

Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother blieb fest, per 50 Kilogr. 53 bis 60—66—74 Mark, weißer unverändert, per 50 Kilogr. 54—62—67—80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29,50—30,50 Mark, Roggen fein 27—28 Mark, Hausbacken 26—27 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Decbr. 12. 13.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 2°,9	+ 3°,3	+ 1°,7
Luftdruck bei 0°	331''',69	331''',51	331''',23
Dunstdruck	2''',49	2''',36	2''',12
Dunstsättigung	96 pCt.	88 pCt.	91 pCt.
Wind	W. 0.	SW. 1.	SW. 0.
Wetter	trübe.	trübe.	heiter.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 13. Decbr. Der „Nationalzeitung" zufolge hat der Bundesrath den Reichstagsbeschlüssen über die Justizgesetze in achtzehn Punkten die Zustimmung versagt, darunter befinden sich die Bestimmungen über Zuständigkeit und Gerichtsstand für Preßvergehen, Zeugnißzwang der Presse, über Competenzconflict und gerichtliche Verfolgung von Beamten. Etwa die Hälfte der Differenzen betrifft weniger grundsätzliche als technische Fragen. (Vergl. unsere obige Berliner =-Correspondenz. D. Red.)

Athen, 12. Decbr. Der König berief gestern den ehemaligen Cabinetspräsidenten Comunduros zu sich und beauftragte denselben mit der Bildung eines neuen Cabinets. Derselbe lehnte diesen Auftrag jedoch ab und schlug vor, Zaimis die Bildung eines neuen Cabinets zu übertragen, worauf der König nicht einging.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.